

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.  
1947-1949  
1948**

102 (11.11.1948)



# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH. Lahr (Baden), Bankkonto: Oberrheinische Bank, Filiale Lahr; Postcheckkonto 4400 Freiburg; Redaktion: Lahr, Telefon 2565 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Rastatt, Telefon 2557; Postcheckkonto Karlsruhe 2046, Girokonto Bezirksparkasse Rastatt — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion Offenburg, Telefon 1339 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion Freiburg i. Br., Telefon 2763 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion Lörrach, Telefon 2431 — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag — Bezugspreis: DM 2,00 einschließlich Trägerlohn, DM 2,10 bei Postbezug — Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 — Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR. 102/2. JAHRG.

A

DONNERSTAG, DEN 11. NOVEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Hemmnisse auf dem Wege deutscher Staatwerdung

Paris-Londoner Gedankenaustausch über Einwände General Koenigs — Frankreich gegen Einbeziehung Berliner Vertreter in Parlamentarischen Rat — Keine Beibehaltung der süddeutschen Ländergrenzen

### Vor neuer Steuerreform? — Anhaltende Streik-Unruhen in Frankreich — Der amerikanische Mobilisationsplan

Paris. Die offiziellen britischen Stellungnahmen zu den Einwänden des französischen Militärgouverneurs in Deutschland, General Koenig, gegen „Kompetenz-Überschreitungen“ des Parlamentarischen Rats in Bonn und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich über diese Frage wurden von diplomatischen Kreisen in Paris einer kritischen Betrachtung unterzogen.

In amtlichen britischen Kreisen sei man der Ansicht, daß das Londoner Sechsmächte-Abkommen eine Vertretung der Berliner Westsektoren im Parlamentarischen Rat nicht ausschließt. In Paris vertrete man jedoch die Meinung, daß im Londoner Abkommen von vornherein eine derartige Vertretung weder in beratender Eigenschaft noch mit Stimmrecht vorgesehen war. Da also im Londoner Abkommen jede Erwähnung dieser Frage fehlt, hält man es in Paris für selbstverständlich, die Berliner Vertreter nicht hinzuziehen, zumal es sich bei dem Parlamentarischen Rat um eine Einrichtung für Westdeutschland allein handle. Man wendet sich ferner in Paris gegen die britische Auffassung von den zukünftigen Steuerbefugnissen der vorgesehenen westdeutschen Regierung und vertritt die Ansicht, daß diese erweiterten Vollmachten der Bundesregierung nicht auf Kosten der Länderregierungen gehen dürften.

Das Londoner Abkommen habe für die Bundesregierung lediglich das Recht vorgesehen, Steuerbeiträge zur Deckung ihrer eigenen Ausgaben zu erheben. Es habe jedoch nicht geheißen, daß die Bundesregierung fast alle Steuern einziehen und sie dann auf die Länder verteilen solle, die dadurch in eine unmittelbare Abhängigkeit von ihr gerieten. Außerdem verstoße dies gegen das Prinzip der Föderation.

In der Frage der Berichtigung der süddeutschen Ländergrenzen scheine man sich in

London von der französischen Auffassung eine ungenaue Vorstellung zu machen, erklären diese Kreise weiter. Frankreich sei keineswegs für eine Beibehaltung des Status quo der süddeutschen Ländergrenzen von Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und dem amerikanisch besetzten Württemberg-Baden. Frankreich habe im Gegenteil immer die Ansicht vertreten, daß eine Teilung Badens und Württembergs im Gegensatz zu den geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Gegebenheiten stehe.

### Südbaden — von draußen gesehen

Anmerkungen eines „Emigranten“

Es gibt eine ganze Menge geborener Südbadener, denen es das Schicksal bestimmt hat, im „anderen“ Deutschland zu leben, in Mannheim, in Stuttgart, in München oder gar jenseits des Mains. Wer wird daran zweifeln: jeder dieser südbadischen „Emigranten“ hegt und hütet die Erinnerung an die Heimat. Aber es muß auch einmal gesagt sein: wir „ausgewanderten“ Südbadener beobachten mit wachsendem Mißbehagen die Zerrungen der Freiburger „Souveränitätspolitik“, und zwar jenseits aller parteipolitischen Strömungen. Es erübrigt sich nachgerade, die Stationen der Wohllebens Halsstarrigkeit in der Frage des Südweststaats aufzuzeigen, aber es erscheint angebracht, auf gewisse Wirkungen dieser liliputanischen Staatskunst hinzuweisen, die sich draußen schlüssiger verdeutlichen lassen als zu Hause. Daß die Einung mit den Schwaben nicht ohne ein gewisses Gebalge abgehen könne, lag in der Natur der Dinge. Bei einer so intimen Kenntnis der zweiseitigen Eigenheiten war es schon am besten, die Karten vorher offen auf den Tisch zu legen. Als geborener Südbadener lebte man ja ursprünglich in Nordbaden nicht gerade in der Emigration, und es darf bezeugt werden, daß diese badischen Ressentiments in Karlsruhe und Heidelberg nicht minder wach sind und wach waren als in Freiburg und Baden-Baden. Indessen hat die Entwicklung in Nordbaden bewiesen, daß es angesichts der gegebenen politischen Verhältnisse unserer Tage eine klägliche Sache ist, im Schatten des Eisernen Vorhangs Empfindsamkeiten zu hätscheln, die es als politische Aufgabe zu meistern gilt. Außerdem sind wir ja nicht auf den Schnabel gefallen! Man kann nicht behaupten, man sei in Nordbaden von Stuttgart „überfahren“ worden. Hin und wieder reinigt ein Gewitter die Atmosphäre. Probleme? Eigentlich: Bagatellen!

Das Mißbehagen hat andere Ursachen! Man konnte sogar noch verstehen, daß Herr Wohleb keine Lust hatte, die Katze im Sack zu kaufen. Zähigkeit und Vorsicht sind gute Eigenschaften, auch dann, wenn man seiner Umgebung gelegentlich auf die Nerven fällt. Aber als sich der Kurs Wohleb als nackte Halsstarrigkeit erwies, wurde es offensichtlich, daß diese Politik von anderen und recht fragwürdigen Impulsen getragen wird. Partout: er will nicht! Seine Argumentation ist Ausflucht und Schaumströmer, das ewige Veto ist der Weck auf dem Laden — die südbadische Wyszchinski-Operette

Das „andere Deutschland“ hat diese Läuterung von der Vorsicht zur Halsstarrigkeit nicht überhört. Man hat zuerst gelächelt, dann hat man sich gewundert, und heute ist man sich darüber im klaren, daß die Separierungstendenzen des Wohleb-Vortrapps das badische Ansehen und die badische Tradition nicht verteidigen, sondern verflüchtigen. In langen Jahrzehnten hatte man in politischen Dingen Achtung vor der badischen Einsicht, die kennzeichnend war für den badischen Abgeordneten im Landtag und im Reichstag. Die hintergründige Dickköpfigkeit ist eine Original-Wohllebens Variante. „Was ist denn in euch gefahren?“, wird der Südbadener „draußen“ gefragt. Wollt ihr etwa dänisch werden? Daß man auch nur daran denken kann, uns mit der schleswigschen Speckkäsepartei in einen Topf zu werfen, ist für jeden Südbadener empörend. Nun, Herr Wohleb hat gar keinen Speck zu verteilen, der für alle reicht, aber seine klebrige Taktik hat dahin geführt, daß man sich von ihm distanzieren muß, wenn man als Badener irgendwo am runden Tisch sitzt.

Das ist sogar das Los seiner Parteifreunde. Mancher, der in einem Freiburger Ministerium stramm wohllebsch daherredet, sieht sich bei einer außerbadischen Reise zu starken Dämpfungen veranlaßt, die der Herr und

### Vor Bekanntgabe des Besatzungsstatuts

Meinungsverschiedenheiten auf französische Einwände zurückzuführen

Berlin. Unterrichtete Beamte der amerikanischen Militärregierung rechnen damit, daß die mit der Ausarbeitung des Besatzungsstatutes beauftragten alliierten Ausschüsse ihre Arbeit in etwa zwei bis drei Wochen beenden werden. Der fertiggestellte Entwurf soll dann sofort den Rechtsberatern der drei westlichen Militärgouverneure zur Überarbeitung und zur Abfassung des offiziellen Wortlautes übergeben werden. Nach Genehmigung dieses Textes durch die Regierungen der Westmächte wird das Statut

zur Veröffentlichung freigegeben. Einen Termin für die Bekanntgabe des Dokumentes konnten die Omgus-Beamten noch nicht nennen, sie halten es jedoch für möglich, daß der Zeitpunkt der Veröffentlichung Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres liegen wird.

Alliierte Meinungsverschiedenheiten sind, wie verlautet, hauptsächlich auf französische Einwände zurückzuführen. Nach französischer Auffassung muß das Statut eine weitgehend dezentralisierte Form der künftigen westdeutschen Regierung gewährleisten. Nach Ansicht alliierter Beamter ist der Grund für die kritische Haltung teilweise in der Tatsache zu suchen, daß Frankreich als Nachbarstaat die Entwicklung Deutschlands mit besonderer Schärfe verfolgt und mit besonderer Schärfe gegen alle Momente Stellung nimmt, die eine eventuelle Gefährdung Frankreichs in späterer Zukunft mit sich bringen könnten.

### CDU will Bürokratie vergrößern

Christlich-Demokraten für Dreikammer-System

Bonn. In völliger Umkehrung der bisherigen Konstellation schlug die CDU-CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates auf Anregung von Präsident Dr. Konrad Adenauer am Dienstag das Dreikammer-System vor. Neben der Volkskammer soll ein Senat und daneben als Vertretung der Länder ein Bundesrat stehen.

### Ein Berlin-Plan Trygve Lies

UN-Generalsekretär beabsichtigt mit eigenem Plan letzten Versuch zur Beilegung des Berliner Streitfalles zu unternehmen

Paris. Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, beabsichtigt, wie Reuter erfährt, mit einem eigenen Plan zur Lösung des Währungsproblems in Berlin einen letzten Versuch zur Beilegung des Berliner Streitfalles zu unternehmen.

Lie soll bereits vor einiger Zeit einen von den Finanzexperten des Sekretariats der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Plan für Berlin bereit gehabt haben. Auf Anraten einiger Delegationen soll dieser Plan jedoch nicht vorgelegt worden sein.

Dieser Plan soll von UN-Sachverständigen fertig ausgearbeitet und dann den Behörden der Westmächte und der USA und der UdSSR in Deutschland übergeben werden.

Falls diese Behörden den Plan billigen, könnte er gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade in Kraft gesetzt werden.

Lie bestritt zwar, daß er „Verhandlungen“ über Berlin führe, sagte jedoch, er verschaffe sich einen Ueberblick über die Währungslage in der Stadt. Er habe bereits mit dem Vorsitzenden der Vollversammlung, Dr. Evatt, darüber beraten und werde auch den derzeitigen Vorsitzenden des Weltfriedensrates, Dr. Bramuglia, in dieser Frage zu Rate ziehen.

### Atlantik-Pakt-En wurf noch vor dem Weihnachtstest

Die Aufgaben Kanadas werden noch geprüft

Ottawa. Die Bestimmungen des zwischen den Westunions-Mächten, den USA und Kanada vorgesehenen nordatlantischen Verteidigungspaktes werden, wie hier am Dienstag aus gewöhnlich gut informierter Quelle verlautet, möglicherweise noch vor Weihnachten „schwarz auf weiß“ vorliegen. Die Pläne seien bereits soweit vorangetrieben worden, daß die Diplomaten wahrscheinlich noch vor Weihnachten in Washington zusammentreffen werden, um mit dem Entwurf des Abkommens zu beginnen. Die Rolle Kanadas im Rahmen des Paktes wird gegenwärtig noch immer geprüft. Man erwartet nicht, daß Kanada eine größere Anzahl von Truppen zur sofortigen Verwendung in Uebersee stellen wird.

### Wirtschaftsrat behandelt Lastenausgleich

Lastenausgleich abhängig von lebensfähiger Wirtschaft

Frankfurt. Der Wirtschaftsrat behandelte in seiner Sitzung am Dienstag den Entwurf zum Sofortprogramm für den Lastenausgleich in erster Lesung. Im Anschluß an die Debatte wurde er dem Lastenausgleichsausschuß überwiesen, der am Mittwoch mit den Beratungen begann. Voraussichtlich am 19. dieses Monats wird er dann erneut vom Plenum behandelt werden.

Als erster Redner bezeichnete der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Dr. Hermann Pünder, den Entwurf zum Sofortprogramm als entscheidend für die künftige Gestaltung unseres deutschen Schicksals. Das Gesetzgebungswerk zum Lastenausgleich sei die Plattform, auf der die Zukunft des deutschen Volkes dauerhaft begründet werden kann. Der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann, warnte vor übertriebenen Erwartungen aus dem Lastenausgleich.

Im Gegensatz zu den Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes tritt die CDU-CSU-Fraktion nach den Ausführungen ihres Vorsitzenden Dr. Holzappel dafür ein, daß die vorgesehenen Abgaben nicht von der Einkommensteuer abgesetzt werden dürfen. Eher sei eine Revision der Einkommensteuer bzw. ihre Herabsetzung zu erwägen. Auch der Sprecher der FDP, Dr. Franz Blücher, schloß sich dieser Auffassung an, der sich positiv zum Lastenausgleich aussprach, und betonte, daß damit das deutsche Volk beginne, wieder ein Volk zu werden. Er wies darauf hin, daß ein Teil der Schäden, die im Lastenausgleich wieder ausgeglichen werden müßten, nicht durch den Willen des deutschen Volkes entstanden sei.

Abschließend forderte Blücher eine nochmalige Steuerreform, um die Befolgung der

Steuergesetze durchsetzen zu können. Die Mittel für den Lastenausgleich könnten nur von einer lebensfähigen Wirtschaft aufgebracht werden, die ihre Produktion erhöhen müsse. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, den Lastenausgleich nicht nur für soziale Zwecke des Wiederaufbaus der Wirtschaft einzusetzen.

Im Namen der SPD erklärte Walter Seuffert, daß die Zustimmung seiner Fraktion zu der Gesetzesvorlage keine Billigung der augenblicklich verfolgten Wirtschaftspolitik bedeute. Auch er sei von der Notwendigkeit einer Steuerreform überzeugt, wobei jedoch weniger an eine Herabsetzung der Einkommensteuer als eine Reformierung des Steuersystems und die Einführung einer Unternehmenbesteuerung zu denken sei.

### Morgen Generalstreik in Bizone

Auch öffentliche Betriebe beteiligen sich an der 24stündigen Arbeitsniederlegung

Frankfurt. Der geplante 24stündige Generalstreik in der Bizone wird, wie der Generalsekretär des Zweizonengewerkschaftsrates, Fritz Tarnow, am Dienstag mitteilte, am Freitag zwischen 0 und 24 Uhr durchgeführt. An der Arbeitsniederlegung werden auch die öffentlichen Betriebe, soweit sie nicht mit lebensnotwendigen Aufgaben beschäftigt sind, teilnehmen. Ausgenommen sind Interessengebiete der Militärregierungen, der Notdienst der Polizei und Krankenhäuser. Versammlungen der Gewerkschaften

oder Betriebe werden während des Streiks nicht stattfinden.

Der Bundesvorstand des DGB teilte mit, daß etwaige von Frankfurt angeregte Verhandlungen über die gewerkschaftlichen Forderungen nichts an der Tatsache ändern könnten, daß am Freitag die Arbeit ruhen wird.

In Bremen traten am Dienstag mehr als 100 000 Arbeiter in einen mehrstündigen Proteststreik gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik.

### Die Demokratische Partei im Südwestfunk

Samstag, 13. Nov. 19.00 — 19.05 Uhr

spricht Generalsekretär H. Wolf, stellv. Landesvors. der DP, über: „Wähler, entscheide nach Deinem Gewissen!“



Meister beileibe nicht vernehmen dürfte: „Mißverständnisse, nicht halb so schlimm!“ — man sieht die Verlegenheit und man hört das schlechte Gewissen trappen! Die bizonale CDU denkt föderalistisch. Aber Herr Wohleb wird allmählich gerade für den deutschen Föderalismus eine Belastung.

Vor 125 Jahren wollten die Bayern die badische Pfalz annektieren. Zar Alexander I., mit einer Karlsruher Prinzessin verheiratet, warf sich zu Badens Gunsten dazwischen. Damals entstand das Ulklied: „Rußland muß noch badisch werden!“ Wo sind wir hingeraten? Heute wird in Freiburg ein Regierungsgebilde zusammengebastelt, das sich höchstens mit dem Staatssystem des tibetischen Dalai-Lama vergleichen läßt. Die Spottvögel haben's leicht, südbadisches Kabarett zu inszenieren. Was das Schlimmste ist: der Spott ist berechtigt. Deshalb erscheint uns, die wir „draußen“ leben, eine rasche Absage an Wohleb notwendig. Es geht offensichtlich bei den badischen Gemeindevahlen nicht nur um das Kehrwesen und die Hundesteuer, sondern auch darum, ob die Familien-GmbH. Wohleb auf den Rathäusern über den Hausschlüssel verfügt oder nicht.

E.W.

### Neuregelung der Devisenkontrolle

Baden-Baden. Der französische Militär-gouverneur, General Koenig, hat laut Südena am 5. November eine Verordnung über die Neuregelung der Devisenkontrolle in der französischen Besatzungszone erlassen. Danach werden Forderungen und Schulden der Devisenbewirtschaftungsstelle des französischen Besatzungsgebietes sowie ihre Guthaben in Auslandswährung und D-Mark mit Wirkung vom 1. Oktober 1948 auf die Jela übertragen. Abgezogen werden die Beträge in ausländischer Währung, die dem französischen Staat gehören und aus für seine Rechnung getätigten Geschäften her-rühren.

### Südwestfunk unter deutscher Verwaltung

Baden-Baden. Mit zwei Verordnungen, die in der neuesten Ausgabe des Journals Officiel veröffentlicht worden sind, hat die Militärregierung den Rundfunk in der französischen Besatzungszone in deutsche Verwaltung übergeben. Durch die Verordnung Nr. 187 wird eine gemeinnützige Rundfunkanstalt des öffentlichen Rechtes errichtet, die mit dem Recht der Selbstverwaltung ausgestattet ist. Die Anstalt führt den Namen „Südwestfunk“

### Die Jungen Demokraten rufen Euch:

## Jungwähler und Jungwählerinnen!

Am Sonntag dürfen viele von Euch zum ersten Male die Stimme in den Gemeinde- und Kreiswahlen abgeben. Das ist eine große Ehre, und eine große Verpflichtung gilt es zu erfüllen.

Groß und schwierig sind die Aufgaben, die die zu wählenden Männer und Frauen zu lösen haben. Denken wir nur an die Heimatlosen, Ausgebombten, die Kriegsbeschädigten, Heimkehrer, an die Alten und Gebrechlichen.

Die Demokratische Partei stellt für diese Wahl ihre besten und befähigsten Vertreter. Die Vertreter der Demokratischen Partei, unter ihnen die Jungdemokraten, sind sich der bevorstehenden Aufgaben voll und ganz bewußt, sie sind für uns die berufenen Vertreter zur Lösung dieser Aufgaben. Ihre ganze Kraft werden sie uneigennützig in den Dienst des Volkes in Gemeinde und Kreis stellen.

An Euch, Jungwähler- und -wählerinnen, richten wir uns, Euerer Pflicht als Bürger am Sonntag nachzukommen. Der Wahltag muß ein klares Bekenntnis zum neuen demokratischen Staat werden.

Wir grüßen die Berliner Bevölkerung. Ihren heldenhaften Kampf um Freiheit und Recht unterstützen wir durch unser Bekenntnis an diesem Wahltag.

Der Landesbeirat der Jungen Demokraten:  
Karl Schöpflin  
Vorsitzender

### Die Jugend haben wir

Durch die Wahlparolen aller Parteien zieht sich wie ein roter Faden der Ruf nach der Jugend, und ebenso einstimmig ist die Klage aller Parteien darüber, die Jugend stehe dem politischen Geschehen noch abwartend, prüfend, teilweise sogar ablehnend gegenüber. Man hüte sich aber vor Verallgemeinerungen! Jugend will innerlich ergriffen sein, wenn sie ihr begeisterungsfähiges Herz an eine Idee verschenkt, und nur allzu wach ist noch die Erinnerung an die Zeit, da Begeisterungsfähigkeit und ihr Idealismus schände mißbraucht und betrogen worden sind.

Was ist überhaupt „Jugend“? Der Begriff kann ein Lebensalter bedeuten, braucht es aber nicht. Jugend ist Summe reifender, den Sinn des Lebens suchender und um die Probleme des Tages ringender Menschen. Auch Menschen, die sich ihren eigenen Lebenskreis schon geschaffen und festen politischen Boden gefunden haben, können immer wieder Wahrheitssucher und höchst lebendige Menschen sein. Sie zum geruhsamen Alter zu rechnen, geht keineswegs an.

In dem, was wir sagen wollen, liegt uns die reifende, suchende Jugend am Herzen. Gerade auf sie, deren Händen wir das politische Geschick anvertrauen wollen, kommt es uns an. Der politischen Arbeit derjenigen, die nach dem Zusammenbruch, dem kategorischen Imperativ folgend, den Wiederaufbau übernehmen, weil die Jugend noch hinterm Stachelndraht der Kriegsgefangenenlager saß, ist in überschaubarer Zeit aus biologischen

und ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich über die gesamte französische Besatzungszone.

### LDP-Studenten

der Universität Jena verhaftet

Berlin. An der Universität Jena sind fünf Mitglieder der LDP-Studentengruppe verhaftet worden, meldet der „Kurier“. In der Studentenschaft wird angenommen, daß die Festnahme auf Veranlassung des Vorsitzenden des Studentenrates, Bindernagel (SED), erfolgt ist, da er befürchtete, es könne bei einem Vortrag von Ministerpräsident Eggerath (SED) über die Erfolge des Zweijahresplanes zu Zwischenfällen kommen. Die Aktion war jedoch umsonst, da an Stelle der verhafteten LDP-Studenten die CDU-Studentengruppe nach der Rede Eggeraths eine Gegenresolution durchbrachte. Sie erhielt einige Tage später bei der Nachwahl für den Fakultätsrat die meisten Stimmen. Die fünf LDP-Studenten erfuhren bei ihrer Entlassung

aus der Haft, solange es in der LDP „reaktionäre Elemente“ gebe, müßten sie mit „weiteren Unannehmlichkeiten“ rechnen.

### Studenten-Einladungen des Parlamentarischen Rates

Bonn. Das Präsidium des Parlamentarischen Rates lud am Mittwoch telegrafisch alle deutschen Universitäten einschließlich der Sowjetzone und Berlins ein, von jeder Hochschule zwei Studenten als Repräsentanten der deutschen akademischen Jugend nach Bonn zu entsenden. Sie sollen dort als Zuhörer an den Ausschüßberatungen des Parlamentarischen Rates teilnehmen.

Für die Dauer ihres voraussichtlich vierzehntägigen Aufenthaltes sorgt der Bund politischer Hochschulgruppen der Universität Bonn für Unterkunft, während die Kosten für Fahrt und Verpflegung vom Parlamentarischen Rat übernommen werden.

## Der amerikanische Plan „M“

14 Millionen Amerikaner können innerhalb weniger Stunden mobilisiert werden — Durch einen Knopfdruck wird Truman das Land in Kriegsbereitschaft versetzen können

New York. Dem zu Beginn des Jahres 1949 erstmals zusammentretenden neuen amerikanischen Kongreß wird der Plan „M“, ein von militärischen und wirtschaftlichen Stellen ausgearbeitetes Geheimdokument, zur Annahme vorgelegt werden. Es ist der Mobilisierungsplan für den Fall eines bewaffneten Konfliktes, der die Mobilisierung des gesamten Landes in einem noch nicht erlebten Ausmaß innerhalb weniger Stunden und gleichzeitig die Erteilung genau umschriebener außerordentlicher Vollmachten für den Präsidenten der USA vorsieht.

Monatelange Vorbereitungen gingen der schriftlichen Fixierung der Vorschläge voraus, bei denen die Ergebnisse der letzten Militärmanöver, besonders aber auch der mit erheblichem Aufwand durchgeführten Industriemanöver berücksichtigt sind. In eingeweichten Kreisen heißt es, daß im Falle eines Krieges der Präsident tatsächlich nur auf einen Knopf zu drücken braucht, um eine Kriegsmaschine in Gang zu setzen, wie sie die Welt noch nie erlebt habe und auch heute in ihrer Wirksamkeit kaum abschätzen könne.

### Einteilung des Landes in zwei Kategorien

Der Plan „M“ teilt die 150 Millionen Bewohner Amerikas in zwei Kategorien, die

der „Kriegswichtigen“ und der „Nichtkriegswichtigen“, ein. Das gesamte öffentliche Leben wird von dieser Kategorisierung erfaßt. Von einem zum anderen Tag wird alles „Nichtkriegswichtige“ aufhören, die Rohstofflieferungen werden eingestellt, die Fabriken stillgelegt oder aber sie müssen sofort mit einem neuen Produktionsprogramm beginnen, für das sie jetzt schon Maschinen, Rohstoffe usw. bereitstellen und Spezialarbeiter auszubilden haben.

Etwa 13 bis 14 Millionen Amerikaner zwischen 18 und 35 Jahren werden sofort unter Waffen gerufen. Das Streikrecht der Arbeiter wird aufgehoben, der Arbeitsplatzwechsel von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht und die Arbeitsdienstverpflichtung gesetzlich eingeführt. Preise und Löhne

## Die Streiklage in Frankreich

Schießereien und Sabotageakte — Neue Unruhen durch Kommunisten

Paris. In den französischen Bergwerksgebieten hat sich die Lage weiter gebessert. Trotz der Drohungen der Leitung der kommunistischen CGT haben bisher rund 60% der Bergleute die Arbeit wieder aufgenommen. Am Montag überstieg die Kohlenförderung 60 000 Tonnen. Die normale Förderung beträgt allerdings 180 000 Tonnen.

Es kam am Montag zu einzelnen Zwischenfällen, so u. a. in St. Etienne, wo auf arbeitswillige Bergleute geschossen wurde. Auf der Linie Paris-Bordeaux wurde durch Lösen der Schienen ein Sabotageakt verübt, wodurch die Züge Verspätung erlitten. In den meisten Häfen dauert der Streik der Dockarbeiter und der Matrosen der Handelsmarine an. Die Verbindungen mit Nordamerika sind aber nicht unterbrochen. In Bordeaux ist die Lage nahezu normal.

Die französische Kommunistische Partei richtete am Dienstag laut Reuter einen Aufruf an die gesamte französische Arbeiterschaft, die „Faschisten in Frankreich“ nicht ans Ruder zu lassen. In dem Aufruf, der im Zusammenhang mit den Wahlen zum Rat der Republik herausgegeben wurde, bei denen die Volksunion de Gaulles den Sieg davontrug, wird die Lage im Lande als ernst bezeichnet. Die Wahlen des vergangenen

werden „eingefroren“. Ein in Einzelheiten ausgearbeiteter Verteilungsplan für die Rohstoffe ebenso wie eine Rationierung aller wichtigen Produkte wird in Kraft treten. Vom gleichen Augenblick an ist die Bewirtschaftung von elektrischem Strom, Treibstoff und Kraftfahrzeugreifen verfügt. Alle nicht im Militärdienst stehenden Autos werden sofort stillgelegt. Die Steuern werden verdoppelt, einige verdreifacht. Lebensmittel, Textilien und Kohle kann der Bürger nur auf Karten beziehen.

### „Noch ein Weltkrieg...“

Maßnahmen dieser Art hat Amerika während des zweiten Weltkrieges nicht gekannt, denn selbst Privatwagen waren zugelassen, und die für einige wenige Lebensmittel verfügbare Rationierung fiel praktisch überhaupt nicht ins Gewicht. Man kann ermessen, wie

### Dr. Karl Hoffmann-Schönau

Vizepräsident der Handelskammer Schöpflin, antwortet heute im „Südwestfunk“ von 18.45—19.15 Uhr in der Diskussion mit CDU, SP und KP

ches Aufsehen die über den Plan „M“ bekanntgewordenen Einzelheiten in Amerika hervorgerufen haben. Die USA-Zeitungen versuchen die Strenge der Vorschriften den Lesern durch den Hinweis verständlich zu machen, daß Amerika im Falle eines neuen Krieges weder Benzin noch Gummi in ausreichender Menge habe, wenn nicht der zivile Verbrauch sofort und radikal aufhören würde. Aber auch der elektrische Strom werde äußerst knapp, da für die Fabrikation von Atombomben und Atomwaffen aller verfügbare Kraftstrom nötig sei. Kein Wunder, wenn man heute schon in Amerika erklärt: „Noch ein Weltkrieg, und wir Amerikaner werden eine Marshall-Hilfe für die USA nötig haben.“

### MRP will Minister zurückziehen

Endergebnis der Wahlen in Frankreich

Paris. Die nunmehr vorliegenden Endergebnisse der Wahlen für den Rat der Republik ergeben folgendes Bild: Gaullisten (RPF) 116 von insgesamt 269 Sitzen, Sozialisten 48, Radikale 46, Unabhängige 19, Kommunisten 16, Volksrepublikaner (MRP) 14, republikanische Freiheitspartei (PRL) 3, Splitterparteien 7 Sitze. Die Ergebnisse aus Guadeloupe ergaben 2 Sitze für die Gaullisten und aus Französisch-Guayana 1 Sitz für die Sozialisten.

Der Vorstand der MRP befähigte sich am Dienstag in Anwesenheit der im Kabinett Queuille vertretenen MRP-Minister mit der politischen Lage und der Beibehaltung seiner Minister in der augenblicklichen französischen Regierung. Der Nationalrat der Partei wurde für den 13. und 14. November einberufen, da er allein entscheiden kann, ob die MRP-Mitglieder aus der Regierung zurückgezogen werden.

## Zeitgeschehen — kurz berichtet

### Drucksachen-Einfuhr in die französische Zone ab 15. November zugelassen.

Nach Mitteilung der französischen Militärregierung sind ab 15. November 1948 im Postverkehr zwischen der französischen Zone und dem Ausland Drucksachen aller Art, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen zugelassen, mit Ausnahme von Schriften programmatischen Inhalts, Flugblättern und politischen Propagandaschriften, deren Versand wie bisher streng verboten ist.

### Gewerkschaften der französischen Zone haben noch keine Stellung genommen.

Wie der Zonensekretär der Gewerkschaften der französischen Zone, Franke, dem Südena-Vertreter mitteilte, haben die Gewerkschaftsbünde der französischen Zone zu dem am Samstag veröffentlichten Resolution des bizonalen Gewerkschaftsrates, in dem dieser zu einem 24stündigen Generalstreik aufruft, noch nicht Stellung genommen.

### Reifenpreissenkung in der Bizone.

Die deutsche Reifenindustrie wird ihre Preise erheblich, teilweise bis zu 25 Prozent, senken. Die VW hat dem Antrag der Reifenindustrie entsprochen, die Verbraucherpreise mit den Abnehmern vertraglich festzulegen, so daß der Verbraucher die Garantie hat, Decken und Schläuche zu verbilligten Preisen zu bekommen.

### Eine USPD? In Berlin trat ein Aktionsausschuß zur Gründung einer „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ zusammen.

für die, wie verlautet, die Zulassung für ganz Deutschland beantragt werden soll. Die neue Partei will vor allem mit der SED und der Ostzonen-CDU zusammenarbeiten und sich vor allem auf kommunalpolitischen und wirtschaftlichem Gebiet betätigen.

### Reiseverkehr Berlin—Ostzone eingeschränkt.

Im Reisezugverkehr der Ostzone fallen nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin aus betrieblichen Gründen ab Mittwoch allein acht D-Zug-Paare, ein Eilzugpaar und achtzehn Personenzugpaare aus. Außerdem wird auf siebzehn weiteren Eisenbahnlinien der Zugverkehr eingeschränkt. Auch die Zahl

der Vorortzüge von und nach Berlin wird sehr stark vermindert.

### Demontagekommission überprüft Demontagegelisten.

Die britisch-amerikanische Demontagekommission hat mit der Ueberprüfung der auf der Demontage gelisteten stehenden Werke begonnen. Dabei soll nach einem Ueber-einkommen der drei westlichen Besatzungsmächte entschieden werden, welche Betriebe im Interesse des gesamteuropäischen Wiederaufbaus in Deutschland verbleiben sollen.

### Norwegischer Kronprinz in Deutschland.

Kronprinz Olaf von Norwegen traf am Mittwoch in Flensburg ein, um die in Flensburg, Schleswig und Neumünster stationierten norwegischen Verbände zu besichtigen.

### Nordsibirische Luftmanöver.

Das „Sunday Chronicle“ weiß zu berichten, daß sowjetische Militärflugzeuge täglich und bei jedem Wetter zwischen Sibirien und dem Nordpol-Übungsflüge durchführen. Wie die Zeitung hinzufügt, hätten die Russen heimlich riesige Militärdepots in Sibirien, nicht weit von Alaska, eingerichtet.

### Auslandsreisen für Japaner.

Zum ersten Male seit Ende des Krieges dürfen Japaner, wie die Fernostkommission bekanntgibt, ins Ausland reisen, wenn sie Vertreter von Handelsunternehmen sind, deren Verbindung mit dem Ausland für die Hebung des japanischen Außenhandels notwendig ist.

### Die Frau im Spiel verloren.

Bei dem alljährlich stattfindenden „Diwali“-Fest, an dem jeder Hindu sein Glück im Spiel versucht, bot am Sonntag ein Inder, der sein ganzes Geld verloren hatte, seine Frau als letzten Einsatz und verlor. Der verwegene Spieler versprach seiner Frau, genügend Geld sparen zu wollen, um sie beim nächsten „Diwali“-Fest wieder auslösen zu können.

### „DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Abmann  
Anschr. der Redakt.: Lehr/Schw., Postl. 270, Tel. 2365.  
Verlag: Demokratische Verlags-Ges. m.B.H., Lehr/Schw.  
Druck: Moritz Schauenburg, Lehr/Schw. — K. & H. Greiser, Rastatt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörrach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).



# Badische Frauen, Bürger und Jungwähler!

## In ernster Stunde

die die Erinnerung an den 30. Jahrestag der Republik von Weimar heraufbeschwört, wird das südbadische Volk zu Wahlen aufgerufen. Aus sachlicher, auf das Wohl der gesamten Bevölkerung ausgerichteter Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände erwächst der demokratische Aufbau von Volk und Staat.

In den Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten fällt aber gleichzeitig auch die Entscheidung über Deutschlands Wiedergeburt und Aufstieg aus dem Zusammenbruch zweier Weltkriege. In Bonn kündigt sich die Geburtsstunde der Deutschen Bundesrepublik an, die den Ländern im Westen und im Osten zum schirmenden Dache werden und am Anfang eines in allen seinen Stämmen wiedergeeinten Vaterlandes stehen soll. Das setzt voraus, daß wir in die Gemeindevertretungen und Kreisräte Frauen

und Männer von Weitblick, Tatkraft und untadeliger Gesinnung entsenden, die die Gewähr dafür bieten, daß sie sich auch in größeren Aufgaben bewähren.

## Die Schicksalsstunde der Demokratie

verlangt ein verantwortungsbewußtes Geschlecht, das nicht feige und tatenlos zur Seite steht, sondern sich mutig zur Demokratie bekennt, die Deutschlands Schicksal ist. Unsere Zukunft und die unserer Kinder hängt davon ab, ob wir ein politisches Volk werden oder Spießbürger bleiben. Je überwältigender am 14. November Wahlbeteiligung und Bekenntnis des badischen Volkes zur Demokratie sein wird, um so eher wird sich die Besatzungsmacht im Hinblick auf die bekundete politische Reife des badischen Volkes auf ihr Kontrollrecht beschränken.

## Wir wählen das Recht und die Freiheit!

### Zwischen Diktatur und Terror

oder Recht u. Freiheit gilt es zu wählen. Wir haben nicht 12 Jahre lang ohnmächtig einer braunen Diktatur gefluht, um den roten Faschismus gegen sie einzutauschen. Wir wollen keine Konzentrationslager mehr, die der Landesvorsitzende der hessischen Kommunisten, Arbeitsminister a. D. Oskar Müller, dieser Tage mit den Worten ankündigte: „Die KZ's sind ein unvermeidliches Erfordernis des kommunistischen Regimes, auf das wir nicht verzichten können, um das ‚Volk‘ zu schützen. Wer zu diesem Volk gehört, bestimmen wir.“

### Freiheit des Einzelmenschen und der Wirtschaft

sind Voraussetzungen für jede Demokratie. Darum verlangt die Demokratische Partei Freiheit der Berufswahl, Freizügigkeit und echten Leistungswettbewerb für Werktätige und Produzenten. Selbst eingeschworene Anhänger der Kommandowirtschaft, die die Ware auf den Schwarzen Markt mit seinen üblen Kompensationsgeschäften und Schieberpreisen drängt, haben den Rückzug angetreten. Jahrelang entschieden nicht Arbeit und Fleiß, sondern „Beziehungen“ über das Maß an Gütern, das der schaffenden Bevölkerung, Heimkehrern, Vertriebenen und Fliegergeschädigten zugemessen wurde. Ein ungeheurer Verwaltungsapparat, der nur Mangel und Not verwaltet und dem Normal-

verbraucher zugängliche Ware verteuert, muß im Zeichen der Zwangswirtschaft unterhalten werden. Darum: Kampf der Kommandowirtschaft, die den Unternehmer zum risikofreien Staatsrentner macht! Schluß mit einer aufgeblähten Wirtschaftsbürokratie.

### Durch Abbau überhöhter Preise

muß wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Kaufkraft u. Preisniveau hergestellt werden. Was wir gegenwärtig auf dem Gebiet der Preispolitik sehen, hat nichts mit der von uns verlangten Wirtschaftspolitik persönlicher Initiative und Verantwortung zu tun; es sind Entartungs- und Krankheitserscheinungen an dem durch bürokratische Bevormundung und behördlichen Zwang verseuchten Wirtschaftskörper, Folgen der währungs- und geldpolitischen Maßnahmen und einer über tatsächliche Bedürfnisse hinausgehenden Kaufkraft.

Darum: Kampf den Saboteuren der Marktwirtschaft! Schluß mit Nutznießermethoden der Kriegswirtschaft u. des Schwarzen Markts! Gerade als Vorkämpfer der freien Wirtschaft verlangen wir Verantwortungsbewußtsein des Unternehmers; Freiheit bedeutet persönliche Verantwortung. Wer den Boden einer sachlich vertretbaren Kalkulation verläßt und durch ungerechtfertigte Verdienstspannen Ware verteuert, sabotiert die freie Wirtschaft.

## Das deutsche Volk ist arm geworden!

### Nur im Zeichen der freien Wirtschaft

die alle Energien löst, können wir vorankommen. Eine ertragreiche Wirtschaft ist aber auch Voraussetzung für Sozialpolitik und gerechten Lastenausgleich. Zwölf Jahre haben wir auf Vorschuß gelebt. Heute zahlen wir ihn zurück aus dem Ertrag unserer Arbeit; mit vermindertem Lebensstandard müssen wir und kommende Generationen die Rechnung begleichen. Jahrelang hat, trotz Mangel, Not und dumpfer Verzweiflung, der trügerische Schleier eines völlig zerrütteten Geldwesens unsere Armut verhüllt; Währungsreform und Festkonten-Regelung — Faustschläge für das deutsche Rechtsempfinden — haben sie offenbart. Pensions- und Rentenempfänger, Körperbeschädigte, Kriegerwitwen und -waisen und Arbeitsinvaliden sind

unverschuldet in tiefe Not geraten. Sie dürfen nicht zu Almosenempfängern herabgewürdigt werden, sondern haben einen Rechtsanspruch auf Versorgung und Schutz. Vergebens ersuchte die Demokratische Partei im Landtag die Regierung, wegen einer Geldumwandlung im Verhältnis 2:1 zugunsten der Invaliden und Alten über 60 Jahre bei der Militärregierung vorstellig zu werden und bei Sparguthaben bis 3000 Mark die Kopquote nicht anzurechnen. Ein Staat, der hier versagt, würde sich selbst beschmutzen. Unsere Armut entbindet uns keineswegs von der weiteren Verpflichtung den Millionen von Flüchtlingen, denen deutscher Zusammenbruch und bolschewistischer Terror alles nahmen, und den Bombengeschädigten eine neue Heimat und askömmliche Existenz zu sichern.

## Sparsamkeit und Sauberkeit in der Verwaltung!

### Der Not kann nur gesteuert werden

wenn in Gemeinden, Kreisen und Staat äußerste Sparsamkeit und unbedingte Sauberkeit oberstes Prinzip sind. Einer Verwaltungsbürokratie als staatlicher Versorgungseinrichtung sagen wir ebenso den Kampf an wie der in Südbaden beliebten Stellenbesetzung mit Parteibuchbeamten. In einem Augenblick wo der Staat zur Bestreitung der Besatzungskosten dem Landessock für Arbeitslosenversicherung Millionenbeträge entnehmen muß, glaubt die CDU-Alleinregierung es verantworten zu können, einen aufgeblähten Beamtenapparat nicht nur beizubehalten, sondern — entgegen der von der Demokratischen Partei schon lange geforderten Beförderungs- und Einstellungssperre — in der Freiburger Ministerialbürokratie Beförderungen am laufenden Band vorzunehmen. Darum: Kampf der Parteidiktatur, die ihre Landtagsmehrheit mißbraucht. Kampf der Diktaturpartei, die vorgibt, Alleinvertreterin der christlichen Idee

zu sein. Nicht auf Lippenbekenntnis, auf christliche Tat kommt es an.

### Wir verlangen Ermäßigung der Steuern

die den Schaffenden bedrücken, die Preise in die Höhe treiben und Wirtschaftsinitiative drosseln. Hat schon im Gegensatz zu anderen Zonen die CDU-Alleinregierung es unterlassen, die günstigen Anfangserfolge der Währungsreform für das Land nutzbar zu machen, so daß immer noch bewirtschaftete Landeserzeugnisse in die bewirtschaftungs-freie Doppelzone abfließen, so läßt sie heute gleichfalls auf die Senkung der Verbrauchssteuern warten. Für die Doppelzone wurde die Verbrauchssteuersenkung bereits am 19. Oktober beschlossen, Rheinland-Pfalz hat die neuen Steuersätze mit Wirkung vom 23. Oktober bzw. 1. November in Kraft gesetzt, und das Land Südwürttemberg-Hohenzollern ist dem Beispiel der Steuersenkung gefolgt. Die badische Einparteien-Regierung aber begnügt sich damit, ein Landesgesetz — in Aussicht zu stellen!

## Um die große Linie in der Politik

und nicht nur um Fragen der Gemeinden und Kreise geht es am 14. November. Die Demokratische Partei ruft alle wahlberechtigten Männer, Frauen und Jungwähler auf, am Sonntag ihre Pflicht zu tun. In Eurer Hand liegt es, der Demokratie und Freiheit eine Gasse zu bahnen und darüber hinaus den Grundstein zum deutschen Neubau zu legen. Die Zeit für partikularistische Kirchturmspolitik, die immer am Anfang deutschen Niedergangs und Zusammenbruchs stand, ist vorbei. In seiner zweiten Hälfte muß das 20. Jahrhundert im Zeichen der Vereinigten Staaten von Europa stehen. Wer für ein geeintes Westeuropa ist, entscheidet sich damit auch für ein wiedergeeintes Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Deutschland ist das Land der Mitte; seine geopolitische und wirtschaftliche Lage fordert ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Frieden unter den Völkern.

### Besonders an die Jugend

die immer Bannerträger freiheitlicher Ideen war, ergeht der Ruf, mit uns sich einzusetzen für innere und soziale Freiheit, die allen Schichten des Volkes gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit gibt, und für echtes Menschentum. Darum: Schluß mit Klassenkampfgedanken und Schaffung von Bürgern zweiter Klasse! Es muß ein Ende gesetzt werden der Verfemung weitester Bevölkerungskreise und der im Widerspruch zu bestehenden Gesetzen und gesundem Rechtsempfinden stehenden Bestrafung politischer Gesinnung durch eine zu weit gespannte Säuberungspraxis. Wer sich nicht persönlich bereichert und gegen Straf- und Völkerrecht verfahren hat, muß wieder als vollgültiges Glied der Gemeinschaft anerkannt werden.

### Es gibt nur eines:

Mut zum Handeln aus nüchternem Denken. Nur mit entschlossenem Handeln und zusammengebißenen Zähnen wenden wir unser Schicksal, erkämpfen wir uns Freiheit und Gleichberechtigung im Innern und nach außen. Wer sich feige um die Wahlpflicht drückt, verrät damit Freiheit und Frieden. Die Demokratische Partei will in diesem Kampfe um persönliche, geistige und wirtschaftliche Freiheit Führerin sein.

### Darum wählt:

# Demokratische Partei!

## Die Partei der Verantwortung!

## Die Partei der Zukunft!

Demokratische Partei für Süd- und Mittelbaden, Dr. Paul Waeldin, Landesvorsitzender





## Lahr und Umgebung

### Wie wird gewählt?

Du hast Dich inzwischen überzeugt, lieber Wähler, daß der Kampf der DP für persönliche Freiheit und gegen Zwangswirtschaft der einzig wahre ist. Nachdem Du Dich entschieden hast, den Demokraten zur Stärkung ihrer Position Deine Stimme zu geben, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß Du durch sachgemäße Ausübung Deiner Wahl Deine Stimme zur Geltung bringst und nicht durch Unachtsamkeit Deine persönliche Meinung unberücksichtigt bleibt. Es sei dir daher kurz erklärt, daß für die Gemeinde- und Kreiswahlen jeder Stimmzettel alle festgestellten Wahlvorschlagslisten unter Angabe der Partei (Wählergruppe) und unter Hinzufügung der ersten vier Namen der Bewerber

### Wer Liste 2 wählt, wählt Dr. Waeldin

Der Bürgermeister wird nur in Gemeinden unter 5000 Einwohner am 5. Dezember direkt gewählt.

In Lahr wird sich die Wahl des Oberbürgermeisters am Sonntag mit entscheiden. Wer für Dr. Waeldin ist, wählt die Demokratische Partei — Liste 2!

enthält. Wo nur eine Wahlvorschlagsliste vorliegt, sind nach der namentlichen Aufzählung sämtlicher Bewerber einige freie Zeilen abzugeben, damit Du, falls es sich nicht um die Männer Deines Vertrauens handelt, Ersatzleute hinzufügen kannst. Du mußt also auf dem Wahlzettel, der eine Liste der DP enthält (und am 14. November ist das eine Vielzahl mehr als vor zwei Jahren), Dein Kreuz in dem angezeichneten Viereck hinter den mit der Listenzahl versehenen Kasten der DP einzeichnen. Hast Du dies sorgsam getan, so ist Deine Wahl richtig gewesen und der demokratische Gedanke hat durch Dich eine weitere Stärkung erhalten!

### Stadtnotizen

**Fahrtgelegenheit am Wahlsonntag.** Für Kranke, Gehbehinderte und alte Leute bietet die Demokratische Partei am Wahlsonntag Fahrtgelegenheit zum Wahllokal. Anmeldungen (schriftlich, mündlich oder telefonisch) nimmt die Kreisgeschäftsstelle, Kaiserstraße 42, Fernruf 2022, entgegen (Geöffnet täglich von 8—12 Uhr und am Wahlsonntag durchgehend von 8—18 Uhr).

**Der Bund der Fliegergeschädigten** hält am Samstag, 13. November, um 15 Uhr, im Gasthaus „Zum Falken“ eine Mitgliederversammlung ab.

Ein interessantes Filmprogramm bieten die beiden hiesigen Lichtspieltheater. Die Schwarzwald-Lichtspiele zeigen ab Freitag den Mariene-Dietrich-Film „Martin Roumagnac“ mit Jean Gabin (in deutscher

### Schluß-Appell der DP

In einer großen öffentlichen Kundgebung der DP am Samstag, 20.30 Uhr, im Pflugsaal spricht der stellvertr. Landesvorsitzende, Generalsekretär Hans Wolf, über: „Im Kampf um Deutschlands Zukunft“.

Sprache), und in den Palast-Lichtspielen wird der englische Großfilm: „Das große Treiben“ vorgeführt. Wegen der ungewöhnlichen Länge der beiden Filme (Spieldauer für „Martin Roumagnac“ 2½ und für „Das große Treiben“ 2½ Stunden) mußten die Anfangszeiten ausnahmsweise geändert werden. Es wird dieserhalb auf das Inserat verwiesen.

**Französische Kurse.** In Fortführung der Arbeitsgemeinschaft des Sommerhalbjahres gelangen ab 8. November die französischen Kurse durch die Lektorin Mlle. Meudec wieder zur Durchführung. Für Jugendliche sind folgende Arbeitsgemeinschaften vorgesehen: Mädchen: 8 bis 10 Jahre mittwochs 17 Uhr, 10 bis 12 Jahre mittwochs 18 Uhr, 12 bis 15 Jahre montags 18 Uhr, Buben (bis 15 Jahre alt) freitags 18 Uhr. Die Arbeitsgemeinschaften werden jeweils im Lesezimmer des „Haus der Jugend“ durchgeführt. Nach jeder Stunde findet eine Viertelstunde franz. Chorsingen statt.

Über die „Bergung von Schiffen“ wird, aus seiner reichen Erfahrung und praktischen Tätigkeit schöpfend, Herr W. Benz, Kuhnach, am Mittwoch, 10. November, um 20 Uhr, im „Haus der Jugend“ sprechen.

## Lahr durch Dr. Waeldin vorbildlich geleitet

Überblick auf die bisherige Tätigkeit Dr. Waeldins als Oberbürgermeister

Wie bekannt, ist Dr. Waeldin Mitte September in Titisee, wo er anlässlich einer Tagung des Sparkassenverbandes weilte, verunglückt und mußte zweimal operiert werden. Erfreulicherweise befindet sich Dr. Waeldin auf dem Wege der Besserung und wird sich in einigen Wochen wieder in voller Arbeitskraft seinen Aufgaben widmen können.

Die Abwesenheit Dr. Waeldins von den Amtsgeschäften in den letzten Wochen ließ aufs neue erkennen, daß wir in ihm einen Oberbürgermeister besitzen, der mit Entschlußkraft und reifer politischer Erfahrung, mit klugem, weitschauendem wirtschaftlichen Denken und sozialem Verständnis, mit konzilianter und doch bestimmtem Auftreten, vor allem aber aus anregender Liebe zur Heimatstadt die Geschicke Lahrs vorbildlich geleitet hat. Da Dr. Waeldin infolge des Unfalls nicht selber in den Wahlkampf eingreifen konnte, geben wir nachstehend einen Überblick auf seine bisherige Tätigkeit, wobei wir jedoch nur das für die Allgemeinheit Wesentliche herausheben konnten.

### Nach dem Zusammenbruch

Als im April 1945 französische Truppen in Lahr einrückten, hing die weitere Entwicklung der Stadt von der Person ab, die zu ihrem Oberhaupt bestimmt wurde. Man entsann sich der jahrzehntelangen politischen Erfahrung Dr. Waeldins, und die Militärregierung berief ihn zum Oberbürgermeister. Es gelang ihm, aus dem Wenigen, was verblieben war, innerhalb kurzer Zeit eine ordentlich funktionierende Verwaltung aufzubauen. Das war nur möglich, weil Dr. Waeldin allgemeines Vertrauen genoß, die Zustimmung aller Parteien fand und so die erforderliche Resonanz hatte, um sich gegenüber der Besatzungsmacht und den deutschen Behörden zu behaupten und seine Auffassung von Demokratie und Selbstverantwortung durchzusetzen. Er hat es vermieden, daß die Stadtverwaltung in unsaubere Verwaltungspraktiken hineingeriet, durch Parteigeiz in der Arbeit behindert oder durch Korruption, die heute landauf, landab beobachtet werden kann, des Vertrauens der Bevölkerung verlustig ging.

In der Gemeindepolitik hat sich Dr. Waeldin immer für Selbstverantwortung in gut badischem Sinne, für Selbstständigkeit gegenüber dem Staat eingesetzt. Auf seine Initiative haben sich die Städte Lahr, Lörrach, Ofenbürg, Singen und Villingen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, deren Vorsitzender Dr. Waeldin ist. Anstelle des im Dritten Reich herrschenden „Führerprinzips“ trat wieder das demokratische Selbstbestimmungsrecht, indem sofort ein Gemeindevorstand gebildet wurde, der nach den Wahlen vom Stadtrat abgelöst wurde. Eine Anzahl Unterausschüsse (u. a. Personalausschuß, Schulausschuß, Wohnungsausschuß, Verteilerausschuß, Jugendratsausschuß, Ortsleistungsausschuß, Ausschuss der städtischen Werke, Ausschuss für das Fürsorgewesen, Friedhofsausschuß) unterstützte den Stadtrat in seiner Arbeit durch Vorbereitung der vorzulegenden Fragen und Anträge. Durch diese demokratische Selbstverwaltung mit Dr. Waeldin an der Spitze wurde bald eine Konsolidierung sowohl im inneren Betrieb der Stadtverwaltung wie auch im Verhältnis zur Besatzungsmacht und der deutschen Regierung erreicht.

### In harter Zeit

Wenn wir im folgenden aus der Tätigkeit Dr. Waeldins Einzelheiten erwähnen, so müssen an erster Stelle die sozialen Maßnahmen genannt werden, die in harter Zeit für die Armen und Hilfsbedürftigen getroffen wurden. In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz (früher Bad. Hilfswerk) wurde die Kinderernährung ermöglicht, und für die Kindererholung sind hohe Beträge zur Verfügung gestellt worden. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wurde die Volksküche geschaffen, für die sich der Oberbürgermeister besonders eingesetzt hat. Durch Unterbringung der Volksküchenschwestern, Übernahme der Gebäude-Unterhaltungskosten und Gewährung eines Kredits nach der Währungsreform wurde die Volksküche fortlaufend von der Stadtverwaltung unterstützt. Der Gemüseanbau in städtischem Gelände bedeutete für die Altersheime und das Krankenhaus eine große Hilfe in der Zeit der größten Lebensmittelknappheit.

Auf dem Gebiet der Altersversorgung trat Dr. Waeldin für eine Erhöhung der Versorgungssätze ein, und noch zu Zeiten des Lohnstopps hat er durch Gewährung von Zulagen sich bemüht, das Los der städtischen Arbeiter zu bessern. Die Kriegsbeschädigten, Invaliden, Witwen und hilfsbedürftigen Personen wurden bei der Brennholz- und Wohnungszuteilung besonders berücksichtigt. Immer wieder hat sich Dr. Waeldin dafür verwendet, Erleichterungen in der Beschlagnehmung von Wohnungen zu erreichen, und es ist ihm nach dem Dienstantritt von Gouverneur C... gelungen, daß diese restlos eingestellt wurden.

### Im Zeichen des Wiederaufbaus

Seit Beginn seiner Amtstätigkeit hat Oberbürgermeister Dr. Waeldin dem Wiederaufbau der Wirtschaft sein besonderes Augenmerk gewidmet. In den städtischen Werken wurden die infolge der Kriegereignisse zerstörten Entwässerungsanlagen und das Wasserwerk sofort instand gesetzt, im Gaswerk wurde sogleich mit dem Bau eines neuen

Kammerofens begonnen, der vor kurzem in Betrieb genommen werden konnte, so daß nun ein erheblich besseres Gas geliefert werden kann. Der Schlachthof wurde neu ausgebaut und die Installationen verbessert, und im Gegensatz zu anderen Städten wurde der Krematoriumsbetrieb im Friedhof aufrecht erhalten, so daß Lahr zu einem Sammelpunkt der Einäscherung im südbadischen Raume geworden ist. Nach der Währungsreform wurden von anderen Städten die Wochen- und Jahrmärkte zur Belebung von Handel und Gewerbe wieder eingeführt.

### Förderung des kulturellen Lebens

Auch zur Förderung des kulturellen Lebens hat Dr. Waeldin Wesentliches beigetragen. Theater- und Konzertspiele finden regelmäßig statt und stehen durchweg auf sehr hohem Niveau, die Laienbühne erfährt seit ihrer Gründung weitgehende Unterstützung, im „Lahrer Haus“ wurde neben seiner Aufgabe als „Centre d'information“ für die Volkshochschule ein Heim und ein Mittelpunkt für das Ausstellungswesen geschaffen, die Lahrer Stadtbibliothek, die zu den bestausgestatteten in Südbaden gehört, wurde gleich nach Kriegsende neu geordnet und der Bevölkerung zugänglich gemacht, und besonders stark hat sich Dr. Waeldin für die Instandsetzung des Heimatmuseums eingesetzt, das vor kurzem wieder eröffnet werden konnte.

### Gemeindefinanzen, Bautätigkeit und Wohnraumschaffung

Das besondere Verdienst Dr. Waeldins in der Finanzgebarung besteht darin, daß es ihm gelungen ist, allen Klippen der Währungsreform geschickt auszuweichen. So konnte die Stadtverwaltung Lahr die Gehälter und Löhne immer auszahlen. Dank einer klugen Wirtschaftspolitik ist in keinem Augenblick eine Stagnation eingetreten, indem immer zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und ein Defizit vermieden wurde, was für Lahr besonders deshalb schwierig war, weil durch die Währungsreform die gesamten Rücklagen von 4 Millionen Reichsmark verloren gingen. Die Ausgaben des Haushaltsplanes wurden sofort um 20% gekürzt und von den restlichen 80% nur die Hälfte freigegeben. Trotzdem wurden

vor allem die vordringlichen Bauarbeiten weitergeführt, so der Wiederaufbau des ausgebrannten alten Gymnasiums und die Zollbrücke in Dinglingen. Kurz nach der Währungsreform wurde der schon lange vorher bestellte motorisierte Fäkalienwagen geliefert. Der Mittelbau im Mannschaftshaus Friedensheim 101 wurde ausgebaut und dem Wohnungsmarkt zugeführt. Auch die Instandsetzung des stark bombengeschädigten Spitals wird weitergeführt, um das Altersheim auszubauen und durch Unterbringung alter Leute Wohnungen frei zu bekommen. Auch die Wohnungsbelegung, die zur Zeit durchgeführt wird, dient dem Zwecke, Wohnraum für die Wohnungssuchenden zu erhalten.

### Ein Ausweg aus den Requisitionen

Auf dem Gebiet der Requisitionen ist es Dr. Waeldin gelungen, eine Lösung zu finden, die für die Bevölkerung eine große Erleichterung brachte und zugleich den Anforderungen der Besatzungsmacht gerecht wurde, und zwar durch die Gründung eines städtischen Beschaffungsamtes. Seitdem sind die privaten Haushaltungen von Requisitionen verschont geblieben. Das Beschaffungsamt hat die Aufgabe, die von der Besatzungsmacht angeforderten Gegenstände, die sonst auf dem Requisitionswege herbeigebracht werden müßten, zu besorgen.

Wir konnten längst nicht alle der Allgemeinheit nützlichen Maßnahmen aus der Tätigkeit Dr. Waeldins anführen, aber auch diese Auswahl dürfte einen hinreichenden Einblick in seine vielseitige Tätigkeit zum Wohle der Stadt Lahr geben. Zwei Umstände, die ebenfalls sein Verdienst sind, haben es ermöglicht, daß Lahr in schwieriger Zeit ein beispielhaft geordnetes Gemeindefinanzwesen hat: 1. daß zuverlässige Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung für einen reibungslosen Verwaltungsbetrieb sorgen und 2. daß Dr. Waeldin das Vertrauen des Stadtrats besitzt, weil er keine Parteipolitik betreibt, sondern sich stets von der Liebe zu seiner Heimatstadt führen läßt und bei allem das Wohl der Allgemeinheit im Auge hat. So kam es, daß bei den von ihm geleiteten Stadtratssitzungen auffallend wenig abgestimmt zu werden brauchte, weil seine Vorschläge und Anregungen fast immer die Zustimmung sämtlicher Stadträte fanden.

## Bürgerversammlung in Wallburg

Wallburg. Am Sonntag hielt die Demokratische Partei in der Gastwirtschaft „Zum Kranz“ eine Wahlversammlung ab. Herr Neumeister aus Lahr sprach über die Ziele der DP für eine gesunde Gemeindefinanz, wobei er Vergleiche mit den Verhältnissen in der Ostzone anstellte. — In der letzten Bürgerversammlung gab Bürgermeister Geiger über den Stand der Ablieferungen Aufschluß. Er forderte die Landwirte auf, die ihnen auferlegten Umlagen so gut als möglich zu erfüllen. Zwar entsprechen die Getreideveranlagung nicht den tatsächlichen Verhältnissen, jedoch habe er die Umlage nach den Festsetzungen des Landwirtschaftsamtes durchführen müssen. Obwohl man die in diesem Jahre erheblichen Wildschweinschäden berücksichtigt habe, sei das Ablieferungsoll um etwa 1/3 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der größten Schwierigkeit, die in den Viehumlagen liege, müßte mit allen Mitteln gesteuert werden. Schuld an der gegenwärtigen prekären Lage des Viehbestandes sei jedoch der fehlende Nachwuchs, dem in den vergangenen Nachkriegsjahren kaum Bedeutung beigemessen worden sei. In der anschließenden Diskussion, erklärte der Ortsvorsitzende Siefert (DP), daß der Ablieferungswille vorhanden sei, daß man aber endlich darangehen müsse, die ungesunden Preisverhältnisse der Landwirtschaft ausmerzen. Es sei ein dringendes Erfordernis, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Preise für die täglichen Bedarfsartikel, für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen und dergl. sich gegenseitig abstimmen. Man könne von keinem Industrieunternehmer verlangen, daß er unter den Selbstkosten arbeite, der Landwirt sei in vielen Erzeugnissen dazu gezwungen. Bei der Behandlung allgemeiner örtlicher Fragen sprach sich Gemeinderat Ramstein (DP) für die Wiedereinsetzung einer normalen Straßenbeleuchtung und für die vordringliche Ausbesserung von Wegen aus.

Wallburg. Aus russischer Gefangenschaft kehrte Albert Obert, Elektroinstallateur, in die Heimat zurück. Die Zahl der noch in Kriegsgefangenschaft Befindlichen hat sich damit auf 3 verringert, dagegen werden noch 9 Einwohner vermißt.

Ringsheim. 75 Jahre alt wird Fräulein Karolina Winterer am 18. November.

Rust. Bei der Bunkersprengung am Mittwoch verunglückte der 48jährige Arbeiter Wendelin Leppert aus Rastatt. Da die Sprengladung nicht explodierte, wollte er nachsehen. In diesem Augenblick erfolgte die Explosion. Leppert wurden beide Beine abgerissen.

Kippenheim. Das Standesamt hat im Monat Oktober 6 Sterbefälle und 2 Eheschließungen zu verzeichnen.

Kippenheimweiler. In voller geistiger und körperlicher Frische feierte ihren 82. Geburtstag Frau Karoline Hertenstein, geb. Saar.

Ottenheim. Am 7. November wurde die im Alter von 51 Jahren verstorbene Ehefrau des Straßenwartes Gustav Trunkenbolz unter großer Beteiligung der hiesigen Einwohner beerdigt. — Wilhelm Heimbürger kehrte aus russischer Gefangenschaft zurück.

Hugsweiler. Am vergangenen Sonntag konnte die Kleinkinderschule ihr 100jähriges Bestehen feiern. In seiner Festpredigt würdigte Pfarrer Ziegler das ethisch-pädagogische Verständnis jener Bürger, die im vergangenen Jahrhundert den fruchtbringenden Weg fröhlicher Kindererziehung erkannten, angefangen bei Jakob Noll, der den Gründungsplan verwirklichte. In dem Nollischen Haus (beim Rathaus) wurden die ersten Kinder von Schwester Katharina Roth aus Dundenheim betreut. Nach der Uebersiedlung in das alte Kauffische Haus und in das Gebäude der jetzigen Handlung Fischer erwarb 1871 der Großvater von Stadtoberinspektor Schweickhardt das alte Schulgebäude um der Kinderschule ein bleibendes Heim zu geben. Seit dem Kriegsende leitet Schwester Karoline unsere Kleinsten, die ihr zum Festtag mit Blumen und strahlenden Augen dankten.

Hugsweiler. In dem Filialbetrieb der Firma Biermann & Co. wurden 76 Kilo Tabak verwendet. Die unbekannteren Täter müssen über die Zugänge und Lagerungsverhältnisse orientiert gewesen sein. — Friedrich Fleig II ist als Kandidat der Demokratischen Partei zu den Gemeinderatswahlen aufgestellt.

## Versammlungskalender

Tag	Uhr	Ort	Kreis Lahr	
			Lokal	Redner
12. Nov. 20 Uhr		Münchweiler	„Rebstock“	Kreisgeschäftsfl. Leimenstoll, Lahr
12. Nov. 20 Uhr		Ringsheim	„Kreuz“	Stadtrat Glöckler, Lahr
12. Nov. 20 Uhr		Aldorf	„Landolin“	Stadtrat Scheible, Lahr
13. Nov. 20 Uhr		Sulz	„Engel“	Stadtrat Scheible, Lahr
13. Nov. 20 Uhr		Friesenheim	„Adler“	Kreisgeschäftsfl. Leimenstoll, Lahr
13. Nov. 20 Uhr		Heiligenzell	„Kaiser“	Stadtrat Glöckler, Lahr
13. Nov. 20 Uhr		Meissenheim	„Rathaus“	Kreisrat Vieser, Lahr
13. Nov. 20 Uhr		Ottenheim	„Erbprinzen“	Stadtrat Meurer, Lahr

# Dein Schicksal liegt in Deiner Hand! Wähle!



### Modenschau Lehrer Firmen

New Look vom Morgenrock bis zum Abendkleid — Die Männer halten Distanz

Ist nicht die Mode der Frauen unberechenbar wie die Frau selbst? Als noch in der ganzen Welt ein Ueberangebot an Stoffen bestand, wurden die Rocke kurz und unner kürzer, und jetzt, wo nicht allein Textilien, sondern auch das Geld knapp ist, werden sie lang und weit. Bei den Männern, deren Logik da nicht mehr mitkommt, macht sich der New Look nur in langen Gesichtern bemerkbar. Sehr distanziert folgten sie ihren Angebeteten in den Pflugsaal, wo am Montagabend eine Modenschau Lehrer Firmen stattfand. Die Frauen hingegen, die sehr zahlreich vertreten waren, schienen keine Geldsorgen zu kennen. Ihnen sah man nur die Freude über die vorgeführten schönen Kleider an.

Im Vorraum des Pflugsaaes hatten die an der Modenschau beteiligten Firmen verlockend schöne Musterstücke an Hüten, Lederwaren, Porzellan, Schirmen, Schmuck u. a.



ausgestellt. Für die Modenschau selbst zeichnete die Mergentheimer Agentur Horst Halien verantwortlich. Alles war geschickt arrangiert. Der Pflugsaal glänzte in ungewohntem Lichte. Der Lausteg hatte von der Blumenhalle Hug einen freundlichen Blumenschmuck erhalten. Die vorgeführten Kleider, stammten aus dem Fachgeschäft für Damenbekleidung Droll, die Strickkleider von der Firma Clara Ellinger-Heitz, die Lederwaren und die Frisuren von der Firma

Josef Bonnet, der Schmuck von der Firma Albert Juckel, die Hüte von den Hutgeschäften Venator und Salathé-Scholder, die Schirme von der Firma Albert Baum und die Fotoapparate von der Firma Dieterle, die Firma Dentler brachte Musik auf Schallplatten zu Gehör und zeigte die neuesten Radioapparate und Beleuchtungsartikel.

Die Mannequins zeigten, was eine Dame von früh bis Mitternacht tragen sollte: vom Morgenrock bis zum Abendkleid, dazwischen Tages- und Nachmittagskleider, Pullover, Jacken und Mäntel, Dirndlkleider und Hosen. Dazu jeweils den passenden Hut, die passende Ledertasche, den geschmackvollen Schmuck, die vollendete Frisur. Alles in allem: eine beachtliche Leistungsschau der Lehrer Geschäftswelt. Sicher sind bei den Frauen viel Wünsche geweckt worden, die nicht erfüllt werden können, aber trotzdem werden sie den Besuch nicht bereut haben, da sie gewiß manche Anregung mit nach Hause nehmen konnten außer der Freude über das Gesehene und über den charmanter Plauderer Carlhans Waldeck, den dezent am Flügel begleitenden Peter Jürgen und — warum nicht? — über den Tenor Helmut Bender.

Aber die Männer? Sie haben sich mitgeteilt. Sei es auch nur, weil an diesem Abend kein Verkauf stattfand. Die Frauen indes dachten: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben... Wer wird das letzte Wort haben?

### BLICK IN DIE LANDGEMEINDEN

Kürzell. Aus russischer Kriegsgefangenschaft kehrte zurück Paul Günther. — Die ersten Havannagruppen kamen jetzt zur Verwiegung. — Unerwartet verstarb Josef Reinhardt durch Herzschlag. Der Verstorbene stand im 39. Lebensjahr. — Der Ortsverein des Tabakbauverbandes hielt eine gut besuchte Versammlung ab. Zuerst wurden den Tabakpflanzern die Termine für die Gruppenverwiegungen bekanntgegeben. Sodann kamen die neuen Richtlinien des Verbandes zur Verlesung. Vor allen Dingen gelte es jetzt noch mehr wie sonst, dem Qualitätsanbau besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit der Tabakpflanzler dem eingeführten ausländischen Tabak gegenüber konkurrenzfähig bleibe. Anschließend wurden als Belohnung 26 Fahrradreifen an Leute ver-

### Textileinzelhandel senkt seine Kalkulationsspannen

Die Bezirksstelle Lanr des Einzelhandelsverbandes schreibt:

„Nachdem der badische Einzelhandel als erste Gruppe in der französischen Zone die Gehälter seiner Angestellten um 15 Prozent erhöht hatte, versucht er nunmehr einen weiteren Beitrag zur Verminderung der sozialen Spannungen zu leisten, und zwar durch eine namhafte Senkung der Kalkulationspannen für Textilwaren. Obwohl die Preise in Baden zum Teil erheblich niedriger sind als in der Bizone und den badischen Firmen durch die immer noch bestehende Wirtschaftsungleichheit zwischen der Bizone und unserer Zone ganz wesentliche wirtschaftliche Nachteile entstehen, hat sich der Textileinzelhandel entschlossen, diese Maßnahme zur Abbremsung von Preissteigerungen durchzuführen. Diesen Versuch, der für den Einzelhandel mit erheblichen Opfern verbunden ist, kann aber für den Verbraucher nur dann sichtbar gelingen, wenn auch die Vorstufen, besonders der Industrie, einen entsprechenden Beitrag leisten. Die von dem Einzelhandel vorgenommene Spannenkürzung ist um so bedeutungsvoller, als der Einzelhandel die verbilligte sog. „Jedermannware“, deren Anfertigung bereits eingeleitet ist, mit einer Handlungsspanne weitergeben wird, die weitere Opfer erfordert. Der Einzelhandel ist an hohen Preisen ebensowenig interessiert wie der Verbraucher, da einerseits mit steigenden Preisen sein Lager sich verringert, sein Risiko sich vergrößert und andererseits die Kaufkraft der Verbraucher und damit der Einzelhandelsumsatz geschmälert wird.“

### Veranstaltungskalender

- Donnerstag, 11. November:
  - Kleiner Meierhof: um 20.61 hält die Kri-Ga-Ge eine Besprechung der Narren und Nartinnen ab.
  - Schwarzwald-Lichtspiele: 20 Uhr „Die Frau ohne Herz“.
  - Palast-Lichtspiele: 20 Uhr „Das himmelblaue Abendkleid“.
- Freitag, 12. November:
  - Schwarzwald-Lichtspiele: 20 Uhr „Martin Roumagnac“ mit Marlene Dietrich.
  - Palast-Lichtspiele: 20 Uhr „Das große Treiben“, ein englischer Großfilm.

### Altersjubilare

Ihren 80. Geburtstag feiern Frau Maria Schaal, Kaiserstraße 29, am 11. November Landgerichtsdiplom a. D. Dr. Karl Maurer, Bergstraße 90, am 18. November und Landwirt Karl Höflin, Kruttenau 10, am 19. November. 75 Jahre alt wird Gerber Anion Weber, Bismarckstraße 66, am 17. November, 84 Jahre alt Frau Salemea Kopf, Kruttenau, am 17. November, während Frau Barbara Kopf, Kruttenau 28, am 12. November ihr 82. Lebensjahr vollendet.

### 50 Jahre im Dienst der Erziehung

Am 15. November sind 50 Jahre verflossen, seit der Nestor der Lehrer Lehrrschaft, Hauptlehrer Johann Filsinger, seinen Dienst als Lehrer in Fischenberg im Wiesental antrat. Nach kurzer Zeit wurde er nach Mietersheim bei Lahr, im Jahre 1901 nach Lahr versetzt, wo er nunmehr seit 47 Jahren im Dienst der Volkserziehung steht. In besonderem Maß verstand es Filsinger, bei der Jugend das Interesse für die Heimat und die Natur zu wecken, hat er doch stets seinen Humor bewahrt obwohl dem Jubilar schwere Schicksalsschläge nicht erspart blieben. Filsinger, der am 15. November zugleich sein 71. Lebensjahr vollendet, stand bis vor kurzem im Schuldienst.

### LANDESCHRONIK

Neustadt. Wie unser Gewährsmann berichtet, waren in einer der Kreisgemeinden am gleichen Abend eine SP-Versammlung und eine demokr. Kundgebung für die kommenden Wahlen angesagt. Mit beträchtlichem propagandistischem Aufwand machten vor allem die Sozialdemokraten Stimmung für ihren Abend — gaben jedoch irrtümlich als Versammlungsstätte die von der DP vorgesehene Gaststätte an! Dies hatte zur Folge, daß die an der SP-Kundgebung Interessierten den Demokraten zuliefen und von den überzogenen Ausführungen des Kreis-Spitzenkandidaten sichtlich beeindruckt wurden, während die Redner der Sozialdemokraten, vor leeren Stuhlreihen predigend, ihren Verdruss nur mühsam verbergen konnten.

Meersburg. Das Herbstergebnis hat alle Erwartungen übertroffen: beim Weißherbst wurden 96 Grad (1947: 95) und beim Ruländer 102 Grad (102) festgestellt, beim Konstanzer Weißherbst 85 Grad (84) und beim Konstanzer Ruländer 94 Grad (95) nach Ochsle gemessen.

Radolfzell. Ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich zwischen Radolfzell und Güttingen. Der 20jährige Eugen Faigle aus Oberschmeien verlor in der Kurve die Herrschaft über sein Motorrad und stieß mit einem ihm entgegenkommenden Dreirad zusammen. Den erlittenen Verletzungen ist er erlegen. Sein Sozialfahrer kam mit leichten Verletzungen davon.

### 200 Jahre St.-Anna-Kapelle

Wer von den Wallburger Vorbergen zum Talausschnitt der Bleiche nach Süden sieht oder von den Brogginger Nordhängen ins lange Tal nach Norden schaut, erblickt aus dem Grün und Braun der Felder und Wiesen dort, wo das Längental und das Tal des Ettenbachs zusammentreffen, ein einsames kleines Haus. Dieses am Wegekreuz Ettenheim-Münchweiler-Broggingen seit 1748 stehende Gebäude ist die St.-Anna-Kapelle, im Volksmund „Annehüsl“ oder „Tannehüsl“ genannt.

Ihrer Entstehung mag der Wunsch zugrunde gelegen haben, an der Wegekreuzung eine Zufluchtstätte zu errichten, die Reisenden oder arbeitenden Bauern im Feld im Falle eines Unwetters ein Obdach geben und diesen Aufenthalt mit einem stillen Gottesdienst verbinden soll. Sie mochte zufolge ihrer damaligen günstigen Verkehrslage auch als Treffpunkt für durchreisende Kaufleute gedacht worden sein. Nachdem sie Jahre hindurch von der Einwohnerschaft Münchweilers gepflegt und unterhalten worden war, erklärte man sie im Jahre 1904 durch Vereinbarung zum Eigentum der römisch-katholischen Kirchengemeinde des Orts.

Am Kopf des kleinen Gotteshauses stand bis vor kurzem eine Gruppe von stattlichen Rottannen, die der Kapelle das ihr eigene Gepräge gaben und ihr im Vordergrund der malerischen Landschaft einen besonderen Reiz verliehen. Von dieser Tannengruppe sind heute nur noch die Stümpfe zu sehen, die altgewohnte Schönheit hat einer verlassenen Oede Platz gemacht. Auch die rund 3 ar große Gartenanlage besteht nicht mehr. Die Kapelle selbst hat zwei Räume, von denen der Vorraum als Unterschlupf der hinteren Raum als „Kirche“ dient. Im eigentlichen Kapellenraum findet man eine einfache Kircheneinrichtung vor. Die kirchliche Kühle des Raumes und die Schlichtheit der Innenausstattung geben jedoch die Voraussetzungen zur Abhaltung wehevoller Hand-

lungen voll und ganz. Infolge Erschütterungen durch nahe Detonationen hat die Kapelle während des Krieges gelitten, und eine Renovation des Innenraumes, der durch eine Gittertür vom Vorraum getrennt ist, ist sehr vonnöten.

### Sport im Heimatbezirk

#### FUSSBALL

Der Sportfreunde-Sieg über Baden-Baden  
hh. Keiner der mehr als 1500 Zuschauer hätte vorauszusagen gewagt, daß dieses vierte Heimspiel der Sportfreunde gegen einen der schärfsten Mit-rivalen um die Meisterschaft der südbadischen Landesliga einen so hohen Ausgang nehmen würde. Die Einheimischen waren nach anfänglicher Nervosität, die in der ersten Viertelstunde eine Unsicherheit hervorrief, im weiteren Verlauf der 90 Minuten glänzend in Fahrt gekommen. Das auf beachtlicher Stufe stehende Treffen, das in Schiedsrichter Baas aus Offenburg einen allzu kleinteiligen Leiter hatte, stand in den ersten 45 Minuten mehr im Zeichen der Lähre, deren Sturm im E-dener Hüter vorerst seinen Meister fand. Gegen den kurz vor dem Seitenwechsel aus etwa 20 Metern Entfernung geschossenen Strafstoß des linken Verteidigers Zoch war nichts zu machen. Durch den famosen Flügelwechsel der Gastgeber kam nach der Pause mehr Schwung in das an und für sich schnelle, äußerst kampfbetonte Treffen. Ein herrliches Tor erzielte der Halbrechte Roser in der 49. Minute, als er eine Flanke mit dem Kopf im Fallen zum 2:0 einleitete. Die präzise Vorlage des Mittelstürmers Schottmüller an den Linksaußen Wächter verwandelte der Letztere in der 59. Minute durch satten Flachschoß zum 3:0. Und trotzdem gaben sich die Kurstädter nicht geschlagen, sondern sie kämpften mit verstärktem Einsatz um eine Verbesserung des Resultats, das ihnen auch verdienstvollen durch das Elvrentor, das im Anschluß an einen Strafstoß fiel, gelang. Nach einer kurzen Drangperiode der Gäste, in deren Verlauf wieder einige Verwirrung in die Reihen der Platzbesitzer gekommen war, spielten die Platzherren erneut wunderbar auf. Innerhalb weniger Minuten schwebten sie das Resultat auf 4:1 durch einen Kopfball des Linksaußen Wächter, und kurz später drückte Roser das Streitbild auf einem Gedränge rasch entschlossen hinter die Linie.  
Damit war die Begegnung eindeutig für Lahr entschieden. Ausschlaggebend für diesen in glänzender Manier erzielten Erfolg war: daß die stärkste Waffe der Baden-Badener Mittelstürmer, sehr gut bewacht wurde, die Lehrer mit bewundernswertem Einsatz kämpften, wobei wir keinen Spieler ausnehmen möchten.

### Bedeutung der Kommunalwahlen in den Landgemeinden

Am 14. November schreiten die Wähler in Stadt und Land zur Urne, um ihren neuen Gemeinderat zu bestimmen. Die Bedeutung dieser Wahl, vor allem auf den Dörfern, soll nun einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden. Zunächst, wie soll sich eine Vorschlagsliste für den Gemeinderat zusammensetzen? Nach alter demokratischer Auffassung soll jedem Stand und jeder Altersgruppe Rechnung getragen werden.

Wenn nun 6 Mitglieder des neuen Gemeinderates vorgeschlagen werden, so soll man diese Forderung auch unbedingt berücksichtigen. In einem Dorf mit vielleicht 800 Einwohnern wird man also bestrebt sein, Vertreter der Großlandwirte neben Kleinlandwirten und Handwerkern zu möglichst gleichen Teilen zum Vorschlag zu bringen. Dabei ist es auch wesentlich, daß die ältere Generation und ebenfalls die Jugend durch mindestens einen Vertreter berücksichtigt werden. Nicht zu vergessen sei, daß in vielen Dörfern einige vorherrschende Geschlechter sind, aus deren Mitte man auch einen Vertreter gewinnen sollte.

Ist es nun gelungen, diesen Forderungen gerecht zu werden, so wird man als pflichtbewußter Wähler einem solchen Wahlvorschlag — vorausgesetzt natürlich, daß die zu Wählenden auch wirklich unbescholten sind und ein Ansehen im Dorf besitzen — zustimmen und sogar bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß wirklich das Vertrauen der gesamten Wählerschaft für den neuen Gemeinderat ausgesprochen wird.

Welche Aufgabe übernimmt nun der neu gewählte Gemeinderat mit seiner Wahl?

Auch hier wollen wir in erster Linie alte demokratische Anschauung geltend machen. Der Gemeinderat soll dem Bürgermeister mit Rat und Tat bei seiner Arbeit zur Seite stehen. Der Gemeinderat hat aber auch die Verpflichtung zur Kritik! Und dies ist in der kleinsten politischen Zelle unseres Staates, der Gemeinde, von großer Bedeutung. Die Mitglieder des Gemeinderates müssen kritisieren, wenn es erforderlich ist, aber auch in der Lage sein, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, denn das ist wohl die Hauptfunktion des Gemeinderates überhaupt. Ferner muß der Gemeinderat darauf bestehen, daß sämtliche wichtigen Durchführungsbestimmungen, gleich welcher Art, die vom Bürgermeister angeordnet werden, zuerst vor dem Gemeinderat zur Debatte gestellt und darüber abgestimmt werden. Es ist für die Gemeindepolitik unsehener wichtig, wenn innerhalb der Gemeinde ein Gemeinderat amtiert, von dem man sagen kann, er ist aktiv, vielleicht sogar oppositionell. Es ist wahrhaftig in vielen Gemeinden notwendig, daß die Last der Verantwortung nicht weiterhin in gleichem Ausmaße wie bisher, allein auf den Schultern des Bürgermeisters ruht. Es wäre es am Platze, jedem Mitglied des Gemeinderates, gemäß seinen Fähigkeiten und Interessen, ein Ressort einzuräumen, mit dem sich dieser besonders zu beschäftigen hat und dessen Betreuung er übernimmt und dem er in der Verantwortung vor dem Gemeinderat

Bürgermeister berichtet, also auch hier das Prinzip der Arbeitsteilung.

Leider ist, bedingt durch die Notzeit, in den letzten Jahren die Verantwortung, die auf den Bürgermeistern und Gemeinderäten lastete, beinahe ins Untragbare gestiegen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn es sehr viele Gemeinden gibt, in denen jeder, an den man jetzt mit dem Ersuchen herantritt, als Bürgermeister oder Gemeinderat zu kandidieren, es mit dem Hinweis ablehnt, daß die Last der Verantwortung zu groß sei, die Arbeit zuviel und überhaupt, keiner möchte sich doch im Dorf verhasst machen. Leider genießt der derzeit erbbare Bürgermeister und Gemeinderat in vielen Dörfern nicht mehr das Ansehen wie früher.

Aber wie steht die Sache heute? Zunächst haben wir dieses Mal eine andere Wahlordnung, das heißt, um nur ein Wesentliches herauszukehren, der Bürgermeister wird in besonderem Wahlgang von der Gemeinde gewählt, und das ist unbedingt wichtig! Die Belastungen durch Abgaben taten ihr Letztes, um das Zutrauen der Bürger gänzlich zu untergraben. Diese Abgaben haben sich jedoch mittlerweile verringert, es kommen schon viele in Wegfall, die vor einem Jahr noch mancher Gemeinde Kummer und Sorge und sogar Streit brachten. Denken wir nur an die Weinablieferung, Gemüse- und Obstumlagen und anderes mehr. Die seit kurzer Zeit angeordnete Einstellung der Entnahmen durch die Besatzungsbehörden werden sich in absehbarer Zeit auch spürbar machen. Nicht zuletzt wollen wir Demokraten auch hoffen, daß unsere schon seit langer Zeit aufgestellte Forderung nach freier Wirtschaft auch einmal Gehör finden wird, und damit wäre das Problem gelöst, das heute noch so vielen Leuten Kopfzerbrechen bereitet — und andererseits noch viele auf ihren „Pöschchen“ hält. Ferner sind heute die Möglichkeiten für die Vorschlagsliste wieder andere, denn viele tüchtige Männer waren vor zwei Jahren noch in Gefangenschaft oder noch nicht politisch gesäubert. Dadurch mußte vielleicht mancherorts zu einer Notlösung gezwungen werden, um den Posten überhaupt zu besetzen.

Heute jedoch sind wieder viele der Tüchtigsten wählbar, und an diese sei unser Appell gerichtet, genau so wie an diejenigen, die sich in den vergangenen Jahren schon bewährt haben: Euch fällt die Aufgabe, ja die Verpflichtung zu, für das Wohl und Wehe eurer Gemeinde zu sorgen, ihre Geschicke zu lenken und ihr zu helfen! Euch ist die Möglichkeit in die Hand gelegt, dem Bürgermeister und dem Gemeinderat wieder einen Namen zu geben, der den vollen Klang hat, den er für seine selbstlose Arbeit verdient. Der Bürgermeister und Gemeinderat müssen für ihre Gemeinde da sein — und nie umgekehrt! Dann werden sie sich der Achtung und Anerkennung durch die Bürgerschaft erfreuen.

Darum stellt auch in eurer Gemeinde eine Vorschlagsliste der Demokratischen Partei auf und srecht ihr bei der kommenden Wahl euer Vertrauen aus! W. E.



Für die Frau:

Großreinemachen mit Männeraugen gesehen

Es geht wieder los, das Großreinemachen. Die ganze Wohnung ist bereits erfaßt, bis auf sein Heiligtum: Er, der Vertreter des starken Geschlechts, steht verzweifelt vor seinem Schreibtisch und verteidigt ihn wie eine Burg vor dem hereinbrechenden Unheil.

In höchster Aufregung versucht er es mit der Ueberredungskunst: Der Schreibtisch dürfe einfach nicht verschoben werden, weil er nun einmal an der richtigen ausprobierten Stelle stünde.

Der hilflose Verteidiger hat sich in Wut geredet, die sich noch steigert, als er die Zwecklosigkeit seiner Rede gewahrt wird.

Er gibt den Kampf auf, flieht über aufgerollte Teppiche aus dem Zimmer, ergreift Mantel und Hut und stürzt ins Freie.

Seine leichte Erregbarkeit nachzudenken... Selten ist der Anlaß weltbewegend.

Schon haben die altbekannten Straßen wie beruhigende Freunde das ihrige getan, als hinter der Ruine eines Vorderhauses kräftiges Teppichklopfen erschallt.

Plötzlich steht er vor dem Hause seines Freundes, und ein Schuldgefühl überkommt ihn, so schlecht von allen Frauen gedacht zu haben.

Freudig schellt er an der Tür. Die Hausfrau öffnet, und mit dem Scheuerlappen in der Hand sagt sie: „Ach, mein Lieber, ich bin gerade beim Großreinemachen!“

Pumpnickelpeise. Pumpnickel wird auf dem Reibeisen oder durch die Mandelmühle gedreht und mit Zucker untermischt.

Hängenbleibendes Gebäck. Mancher Aerger ist schon durch hängenbleibendes Backwerk entstanden, besonders wenn es sich um größere Kuchen handelt.

Trockene Hefe. Hefe vertrocknet leicht und wird dann, oft als wertlos angesehen, weil sie sich schwer auflösen läßt.

an, so löst sich trockene Hefe ganz leicht auf. Es besteht darin, daß man solche Hefe fein zerbröckelt und mit etwas Zucker mischt.

Mehlistern: Mehl und Salz trocken in der Pfanne erhitzt, dann soviel kaltes Wasser zugegeben, bis eine krümelige Masse entsteht.

Untergangsstimmung in Hollywood

Krise der amerikanischen Filmindustrie — Villen der Filmstars stehen zum Verkauf. Dem flüchtigen Besucher erscheint Hollywood unverändert mit seiner strahlenden Sonne, wunderbaren Natur, den eleganten Kleidern und schönen Frauen.

Schon im Jahre 1947 erreichte kein Schauspieler oder Produzent mehr die Einkommenshöhe von 1 Million Dollar. Früher dagegen verdienten etwa 20 Künstler mehr als diesen Satz.

Zu viele neue Konkurrenten

Die Ursache für diese Krise liegt in der Dollarknappheit der Welt. Die Länder wollen ihre kostbaren Devisen nicht für Luxusartikel ausgeben.

Kirchenboykott gegen die „unmoralischen“ Filme

Auch in Amerika selbst hat Hollywood gegen Widerstände zu kämpfen. Ernster zu nehmen als die mit viel Lärm aufgestellte Behauptung, in Hollywood existieren kommunistische Zellen.

Gar groß ist der Kreis derjenigen, die des Heimanges meines unvergesslichen Mannes, unseres geliebten Vaters, Bruders, Schwigersohnes und Schwagers, des Rektors Heinrich Krieger...

Demokratische Partei ORTSVEREIN LAHR. Samstag, 7. Nov., 20.30 Uhr, im Pflugsaal. öffentl. Kundgebung unter Mitwirkung des Streichquartetts der Stadtkapelle Lahr.

Schwarzwald LICHTSPIELE - LAHR. Vom 12.-18. 11. 1948. Marlene Dietrich der Weltstar! Jean Gabin der große Charakterdarsteller.

PALAST LICHTSPIELE - LAHR. Vom 12.-18. 11. 1948. Wir bringen einen weiteren englischen Großfilm: Das große Treiben (The Overlanders).

STELLENANGEBOTE. Etuis-, Etalagen- und Feinkartonnagenfabrik in Lahr sucht per sofort in Dauerstellung tüchtigen Schneider.

Mädchen für Geschäftshaushalt auf sofort gesucht. Zuschriften unter Nr. 4411 H an „Das Neue Baden“.

AN. UND VERKAUFE. Zu verkaufen: 1 Schlafzimmerbett, 1 Küchenbüfett, 1 Waschtischkommode (Marmor) mit Spiegel.

Für Liebhaber! 4 Polsterstühle, antik, Schnittzettel, rot, samt, sowie Burschenmantel 14-16 J., zu verkaufen.

Demokratische Partei — Ortsverein Lahr. Für Kranke, Gehbehinderte und alte Leute wird am Wahlsonntag Fahrgelegenheit zum Wahllokal und zurück zur Wohnung eingerichtet.

UHU jetzt in seiner FRIEDENS-QUALITÄT! Original FORD-Austauschmotoren — Ersatzteile prompt für alle Typen lieferbar.

MGV „CONCORDIA“ LAHR. Unsere nächste Singstunde findet am Donnerstag, 20. Uhr, im „Falken“ statt.

Kaufleute, Geschäftsleute! Die Demokratische Partei bringt Euch wirtschaftliche Freiheit! Denkt daran am 14. November!



# Wenn Kommunisten die Macht haben

Ein wandlungsfähiger „Heil Hitler“-Kommunist ist Bürgermeister im Wiesental — Was sagen Säuberungskommissar und KP-Landesleitung dazu?

Hut ab vor den oft verspotteten „blinden“ Hessen! Dort legen die untersten Spitzen demokratischer Selbstverwaltung einen Mut an den Tag, der „anderswo“ den obersten Staatsspitzen abgeht. Hat da doch in Hessen der Bürgermeister von Witzhausen einen früheren Minister, den allmächtigen Landesvorsitzenden der hessischen Kommunistischen Partei, Oskar Müller, der „Vorbereitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeklagt und sogar beim hessischen Staatsgerichtshof Antrag gestellt, die Kommunistische Partei Hessens zur verbrecherischen Organisation zu erklären. Der Witzhausener Bürgermeister braucht nicht zu befürchten, desavouiert zu werden, denn ein Größerer als er, der britische Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcross, der im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eine bedeutende Rolle spielte, hat selbst in einer in seiner englischen Heimat gehaltenen Rede erklärt:

„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster und tödlich sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinen russischen Kollegen verurteilte ich die Nazi-Aggression und den Naziterror. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele unter einem anderen Namen verfolgt werden und daß dieselbe Technik hemmungslöse Anwendung findet.“

Warum dieser kleine Bürgermeister so großes Geschütz aufführt? Da hat doch dieser Oskar Müller auf einer öffentlichen Versammlung in Witzhausen sich nicht gescheut, in einer programmatischen Erklärung die gleichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzukündigen, die in der Ostzone im Namen der Kommunistischen Partei, dort schamhaft SED genannt, laufend an Hunderttausenden unschuldiger Deutschen begangen werden.

„Jawohl, im Osten sind KZ's“, erklärte Oskar Müller, „und die sind notwendig, um das Volk zu schützen. Sie sind ein unvermeidliches Erfordernis des kommunistischen Regimes, auf das wir nicht verzichten können. Und wenn wir an die Macht kommen, dann werden wir auch hier KZ's einrichten, um das Volk zu schützen und um gesichert zu sein. Wer zu diesem Volk gehört, das bestimmen dann wir!“

Ob die badischen Kommunisten viel zäher sind als ihre hessischen Genossen? Auf jeden Fall läßt man sie von oben her ungeschoren, auch wenn ihrer einen die Unglaubwürdigkeit ministeriell bescheinigt wurde und der Landtag vor einem Vierteljahr eine hohe Landesregierung eine Beschwerde gegen die mißbräuchliche Amtsführung dieses zu Amt und Würden aufgestiegenen roten Genossen zur Kenntnis brachte.

Es ist eines der untrüglichen Zeichen für die „Fluchwürdigkeit“ des kapitalistischen

Systems, daß es nicht jeder zum Generaldirektor bringen kann, aber im Produktionsprozeß sind auch die ungelerntesten Arbeiter ein ebenso notwendiges Glied wie er. Für sie und andere hat es schon im „Zwischenreich“ die wohltätige Einrichtung der

vielen nachdenken zu können, haben mich vollends von der Vergangenheit getrennt! In einem schweren inneren Ringen habe ich einen neuen Glauben gewonnen.“ Das Glaubensbekenntnis dieser schönen Seele sieht dann folgendermaßen aus:

## Markgräfler Tagblatt

und Zeller Zeitung

Tagzeitung für das Wiesental, Wehra- und Rheintal, sowie die benachbarten Bezirke

Nr. 266 Schopfheim, Donnerstag, den 12. November 1936 73. Jahrgang

### „Ich bin ein deutscher Arbeiter“

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland sehr stark entwickelt. Die Arbeiter sind nunmehr in der Lage, ihre Interessen zu vertreten und für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung ist die Basis für den Aufbau eines neuen, gerechten Staates. Die Arbeiter müssen sich bewusst machen, daß sie die Verantwortung für die Zukunft ihres Landes tragen. Die Arbeiterbewegung ist die Kraft, die den Wandel herbeiführt. Die Arbeiter müssen sich für die Ziele der Arbeiterbewegung einsetzen und für die Befreiung ihres Vaterlandes kämpfen. Die Arbeiterbewegung ist die Hoffnung für die Zukunft. Die Arbeiter müssen sich für die Ziele der Arbeiterbewegung einsetzen und für die Befreiung ihres Vaterlandes kämpfen. Die Arbeiterbewegung ist die Kraft, die den Wandel herbeiführt. Die Arbeiter müssen sich für die Ziele der Arbeiterbewegung einsetzen und für die Befreiung ihres Vaterlandes kämpfen. Die Arbeiterbewegung ist die Hoffnung für die Zukunft. Die Arbeiter müssen sich für die Ziele der Arbeiterbewegung einsetzen und für die Befreiung ihres Vaterlandes kämpfen.

### „Die Schreckenisse des spanischen Bürgerkrieges, die Unruhen in allen Ländern, die Inflation von Frankreich, wo die Volkfront regiert, auf der einen Seite und der stete innere Aufbau des Deutschen Reiches durch Adolf Hitler auf der anderen, diese großartige geistige und kulturelle Wiedergeburt des deutschen Volkes neben dem wirtschaftlichen und nationalen Aufstieg des Reiches, wobei die deutschen Arbeiter nichts verloren, aber unendlich viel gewonnen haben, haben mir das Brett vor dem Kopf weggerissen.“

Wir würden uns der Unterschlagung schuldig machen, wollten wir verschweigen, was dieser kommunistische Bürgermeister von heute und Gesinnungsnazi von gestern über die Arbeiter dachte, die hinter den Kommunisten und Sozialdemokraten stehen. In der Heubergzeit, schrieb er damals, „wo immer 25—30 Personen beisammen waren, lernte ich die Menschen innerhalb der mar-

KP-Funktionäre als Ausweg- und Aufstiegsstelle gegeben. Emil Fallers, damaliger Gemeinderat in Schopfheim und jetziger kommunistischer Bürgermeister der Gemeinde Fahrnau im industriereichen Wiesental, hatte diesen Weg gefunden. Auch nach der Machtanmaßung der Nationalsozialisten hat er in der Illegalität „funktioniert“; im März 1933 ist er dieserhalb in Schutzhaft gekommen und auf den Heuberg und später nach Kislau gebracht worden. Und da kam über den kommunistischen Saulus die große Wandlung zum nationalsozialistischen Paulus.

In einem Brief des heutigen KP-Bürgermeisters von Fahrnau, den am 11. November 1936 das damalige Hauptorgan der NSDAP Badens, der „Führer“, und einen Tag darauf das „Markgräfler Tagblatt“ veröffentlichte, hieß es u. a.: „Die Ereignisse der letzten Wochen und die Möglichkeit, über

## Partei der Widersprüche

Kluft zwischen Programm und Haltung — CDU gibt Parteibuchbeamtentum zu

In dieser Woche vor dem entscheidungsvollen 14. November, in der die Parteien alle Mittel der Aufklärung durch Wort, Druck und Rundfunk einsetzen, hörten wir in einer Südwestfunk-Sendung die Rede des Freiburger Oberbürgermeisters Dr. Hoffmann an. In ihr gefiel uns besonders dieses Wort des CDU-Politikers: „Der politische Kampf fordert Ehrlichkeit und Liebe, soll er überzeugend wirken. Nichts wäre gewöhnlicher, wären nur Stimmen gewonnen.“ Auch ein anderes Wort, das von CDU-Seite kam und in einer seiner seltenen leichten Stunden der Politiker der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ niederschrieb, kann ausnahmsweise von jedem billig Denkenden unterschrieben werden. In einer gegen das Organ der Sozialdemokratie, „Das Volk“, gerichteten Polemik um das Problem des Christlichen gestand der Artikelschreiber: „Denn letzten Endes handelt es sich um Dinge, die jeder in seiner eigenen Brust durchkämpfen muß.“ Und an einer anderen Stelle hieß es:

„Gewiß, es gibt keine christliche Wirtschaftsordnung an sich, keine christliche Politik an sich, es gibt eine christliche Haltung.“ Bildet aber nicht schon der Untertitel des CDU-Organes, „Für christliche Politik und Kultur“, einen unüberbrückbaren Gegensatz zu dieser lichten Erkenntnis?

Auf welchen tönernen Füßen aber die christliche Haltung dieses „Organs für christliche Politik“ steht, die es nach seinem Eingeständnis gar nicht gibt, zeigt der „Zum Tage“ überschriebene Leitartikel in der letzten Ausgabe der „Südwestdeutschen Volkszeitung“. In einer Auseinandersetzung mit „Das Neue Baden“ schreibt das CDU-Blatt: „Die Polemik ging sogar so weit, daß man die frommen Schwestern in Gengenbach aufgeschreckt und in dunkle Zusammenhänge mit Kohlenzuteilungen gebracht hat, die man ihnen dank angeblich anonymen ‚Freiburger Weichenstellungen‘ in die aufnahmebereiten Arme gefahren hat.“ Mit dieser Feststellung erhärtet das Organ „für christliche Politik“ zum zweiten Male, daß es eine solche Politik nicht gibt, denn — mit Verlaub zu sagen — es lügt, und zwar bewußt. Wir haben ihm von Anfang an nicht soviel christliche Haltung zugezogen, daß es, nachdem es seinen Lesern den Versuch einer Berichtigung des Badischen Ministeriums der Wirtschaft zur Kenntnis gebracht hatte, ihnen auch unsere Antwort darauf mitteilen würde. Aber der Artikelschreiber hat unsere Stellungnahme gelesen und weiß, daß die „Freiburger Weichenstellungen“ von uns mit Namen genannt wurde, nämlich die Kohlenleitstelle. Nun liegt auch der Wahlauftrag des Landesvorstandes der CDU Baden zu den Gemeinde- und Kreiswahlen vor. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß auch die oberste Parteinstanz

xistischen Parteien kennen. Was ich früher in manchen nationalsozialistischen Versammlungen, in welchen ich in Diskussion trat, hörte über Lumpenpack und Untermenschentum und von mir bestritten wurde, hier fand ich es, mit Ausnahmen natürlich, konzentriert.“ (!) Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter des Wiesentals — in Fahrnau gehen übrigens die Sozialdemokraten entgegen den Weisungen ihres obersten Führers Schumacher mit den Kommunisten bei den Wahl Listenverbindung ein (!) — dürften diese wenig schmeichelhafte Feststellung des Genossen Bürgermeister kaum hinter den Spiegel stecken.

Emil Fallers Heuberg Konfession schließt dann folgendermaßen:

„Die Freiheit wird mich wiederschen als Mitstreiter des neuen Reiches. Wenn es mir erlaubt wird, werde ich auch öffentlich mein Bekenntnis ablegen. Zum ersten Male in meinem Leben: Heil Hitler!“

Der sowjetische Außenminister Molotow, Kronzeuge der badischen Kommunisten, hat vor wenigen Tagen bei der Feier des 31. Jahrestages der blutigen Roten Oktoberrevolution — der deutsche Kommunistenführer Otto Grotewohl spielte Chefstatist der Ehrengäste — gegen die Westmächte scharf vom Leder gezogen und sie beschuldigt, die ehemaligen Nazis in ihren Besatzungszonen wieder zur Macht zu bringen.“ Was Sowjetrußland nicht dulden könne. Angesichts solcher Zornesausbrüche hoher Moskauer Herren sollten die badischen Kommunisten in der Herausstellung ihrer Elite doch etwas vorsichtiger sein. Wir meinen, auch das Staatskommissariat für politische Säuberung müßte angesichts des juristisch festgestellten Amtsmißbrauchs des Bürgermeisters von Fahrnau sich für dieses Bekenntnis interessieren, das wir zum Beweise seiner Echtheit im Faksimile wiedergeben.

Es ist Sache der Badischen Landesleitung der Kommunistischen Partei, ob sie sich zu ihrem „Genossen mit dem weggerissenen Brett vor dem Kopf“ oder zu Krenl und Molotow bekennen will.

der Christlichen (demokratischen) Union die proklamierte christliche Haltung durchaus vermissen läßt.

Nachdem der Aufruf aktive Christen gefordert hat, fährt er fort: „Die teils laiierte, teils aktiv und passiv freidenkerische sogenannte Sozialdemokratie und liberal-freisinnige Demokratische Partei sind keine geeigneten Gemeinschaften für ein solches politisches Wirken der Christen.“ Wir weisen diese unerhörte Unterstellung, soweit sie die Demokratische Partei betrifft, als Verleumdung und bewußte Irreführung der Öffentlichkeit auf das entschiedenste zurück. Nicht nur aus dem Bekenntnis der Demokratischen Partei, sondern auch aus dem Zusammenwirken mit ihr im Landtag und vorübergehend auch in der Regierung weiß die CDU, daß die Demokratische Partei fest zum positiven Christentum steht und sich in diesem Bekenntnis, wenn es auch nicht so geschwätzig wie bei der Partei der absoluten Landtagsmehrheit ist, von niemanden, auch von der CDU nicht, übertreffen läßt.

Es muß schon weit gekommen sein, wenn sich die badische CDU von einer Berliner Tageszeitung sagen lassen muß: „Kirchensteuerzettel oder CDU-Mitgliedskarte beweisen noch nicht, daß man ein Christ ist, und die bloße Berufung auf christliche Grundsätze bedeutet noch nicht, daß man ein christlicher Staatsmann ist.“

Wie es in dieser im CDU-Wahlauftrag proklamierten „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung“ in Wahrheit aussieht, dafür liefert gerade das Organ „für christliche Politik“, die es nicht gibt, einen schlagenden Beweis. In einer Polemik gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Maier, schrieb die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ vor wenigen Tagen: „Hat er denn vergessen, daß er mit Hilfe des von ihm so herabgewürdigten Wohleb trotz mancherlei Bedenken sich vom Volksschullehrer zum Pöstchen eines Ministerialrats in einem ihm berufsfernen Ministerium — dem Innenministerium — heraufgeschwungen hat?“ Und ist nicht ähnlich der frühere Wirtschafts- und Arbeitsminister Leibbrandt, ebenfalls berufsfernd, zum Ministerialdirektor auf Lebenszeit befördert worden? Wenn das nicht nach Parteibuchbeamtentum unter tatkräftiger Mitwirkung und Selbstbeteiligung der CDU riecht!

Gab im letztjährigen Wahlauftrag die CDU die blasphemische Parole aus: „Wir wählen Gott!“ so begnügt sich die „liberal-freisinnige Demokratische Partei“ mit der bescheidenen Bitte:

Gottbewahre uns vor der „Erneuerung des christlichen Abendlandes und seiner Kultur, wie sie nach ihrem Wahlauftrag die Christlich-Demokratische Union in Baden erstrebt.



### Nichtwähler, raus aus der Reserve — An die Wahlurne! Wählt Demokratische Partei!



# Enttäuschende russische Atombomben-Versuche

Mitteilungen eines geflohenen russischen Kapitäns, der bei den letzten Versuchen am Kaspischen Meer zugegen war

Die letzten Atombombenversuche Rußlands haben nach einem Bericht des Pariser „Figaro“ enttäuschende Ergebnisse gezeitigt: Die Versuchsbomben sollen vorzeitig explodiert und die Explosionswirkungen unbefriedigend gewesen sein.

Das Pariser Blatt hat seine Informationen von dem russischen Kapitän Silow, der als Artilleriesachverständiger dem Moskauer Generalstab angehörte und den letzten Atombombenversuchen beigewohnt haben soll. Später wurde Silow als technischer Ratgeber zu General Kotikow nach Berlin abkommandiert. Als Verwandter des Majors Bogdanow, der wegen Teilnahme an einer angeblichen Verschwörung Selbstmord beging, fürchtete Silow, nach Moskau zurückkehren, als er den Befehl dazu erhielt. Mit falschen Papieren floh er über die britische Zone Deutschlands und wandte sich nach Südamerika, wo er augenblicklich als Chemiker tätig ist.

### Vom USA-Geheimdienst hereingelegt

Nach Silow haben Anfang Juni 1948 in Gegenwart der Marschälle Timoschenko und Woronin, hoher Generale und Wissenschaftler Versuche mit Atombomben stattgefunden, die in den Fabriken von Sterlitamak in den Waldgebieten des Ural hergestellt worden waren. Die Einzelteile hatten Fabriken im Altai und Sludjanka, beide in der Nähe des Balkal-Sees gelegen, geliefert. Der Versuch wurde mit allen Vorsichtsmaßnahmen vorbereitet. Um zu vermeiden, daß die außerordentlich empfindlichen Geräte des amerikanischen Ueberwachungsdienstes, die sogenannten „Geiger“-Detektoren, die Explosionen verzeichneten, durften die Versuchsbomben nur 150 gr Explosivstoff enthalten.

Bei einem vorangegangenen Versuch hatte sich herausgestellt, daß man noch nicht über den geeigneten Zünder verfügte. Der russische Oberst Wassiliew, einer der erfolgreichsten Männer im russischen Spionagedienst, brachte nun im Februar 1948 aus Amerika Zeichnungen des angeblich in den USA verwendeten Zünders, die von Agenten in den USA aufgekauft worden waren. Es stellte sich aber heraus, daß man auf ein Manöver hereingelegen war, durch das der USA-Geheimdienst, der den Sowjetagenten die Zeichnungen in die Hände gespielt hatte, die Rus-

sen auf die falsche Fährte hatte lenken wollen.

Im Mai 1948 hatte ein junger russischer Ingenieur Juk einen Zünder entwickelt, der von der Atomkommission für gut befunden und unter der Leitung des russischen Wissenschaftlers Kotow in Sterlitamak in zwei Exemplaren hergestellt wurde.

Bei den im Juni mit diesen Zündern am Kaspischen Meer durchgeführten Versuchen stellte sich aber heraus, daß bei beiden Bomben, von denen jede mit einem eigenen Explosivgemisch gefüllt war, die Zündung vorzeitig erfolgte. Die Abweichungen von den berechneten Zeiten betragen 25 bzw. 30%.

## Warum blieb Eisenhower an der Elbe stehen?

Berlin war der Preis, mit dem Roosevelt den Beitritt Sowjetrußlands zu den Vereinten Nationen erkauft hat. Zu diesem Ergebnis kommt der amerikanische Journalist John T. Flynn bei der Untersuchung der Frage, warum die Westmächte nicht das heutige „Problem Berlin“ vermeiden haben, als es darum ging, das besiegte Deutschland in Besatzungsgebiete aufzuteilen.

Flynn geht bei seiner Untersuchung, die er im Auftrag von „Readers Digest“ vorgenommen hat, von der Lage im Spätherbst 1944 aus. Deutschland war dem Zusammenbruch nahe. Die sich überstürzenden Ereignisse machten eine neue Konferenz der alliierten Staatsmänner notwendig. Sie fand im Februar 1945 in Jalta statt. Dort wurde beschlossen, Deutschland nach der Kapitulation in vier Zonen aufzuteilen, deren Grenzen provisorisch festgelegt wurden. Einen Monat nach Jalta war Eisenhower startbereit für die „Operation Plunder“, die letzte gigantische Offensive dieses Krieges. In der Nacht zum 23. März wurde der Angriffsbefehl gegeben. General Patton setzte sich an die Spitze der sechs Armeen, die in rascher Folge den Rhein in seiner ganzen Länge überschritten. In 400 km Entfernung lag das Ziel: Berlin. Die Russen dagegen waren nur 50 km von der Reichshauptstadt entfernt, aufgehoben vom verzweifelten Widerstand der deutschen Truppen. Eisenhower's Armeen dagegen stießen nahezu ins Leere. „Diese Offensive war so gewaltig, daß jede Gegenwehr in sich zusammenbrach“, sagte General Marshall. Mitte April standen die

Außerdem stellte sich heraus, daß das von der Atombatterie im Altai gelieferte Explosionsgemisch nur 5% der Erwartungen erfüllte, während der Explosionsstoff aus Sludjanka 15% Wirksamkeit ergab.

### Neuer Bombentyp soll entwickelt werden

Die Enttäuschung war sehr groß. Es wurde ein technisches Komitee gegründet, in dem die erfahrensten und bekanntesten Fachmänner vertreten sind, das im Laufe des Herbstes einen neuen Bombentyp entwickeln soll. Gleichzeitig wurden dem Wissenschaftler Kotow weitere Sachverständige beigegeben, um an der Verbesserung des Jukschen Zünders zu arbeiten.

Soweit die Angaben des „Figaro“, die zwar überzeugend klingen, aber eben doch nur in dem entflohenen russischen Kapitän eine Bestätigung finden.

Westmächte an der Elbe, 150 km von Berlin entfernt und — blieben dort stehen.

Als Himmeler den Westmächten die Kapitulation anbot, den Russen aber nicht, telegraphierte Eisenhower an den amerikanischen Militärattaché in Moskau, General John R. Deane, er solle dem russischen Oberkommando vorschlagen, „daß beide Seiten vorrücken sollten, bis sie Kontakt miteinander fänden.“ Sobald dies geschehen sei, wolle man die endgültigen Zonengrenzen bestimmen, was sich als notwendig erweise, da die Amerikaner ja längst große Teile der in Jalta festgelegten russischen Zone besetzt hätten. General Deane antwortete, Eisenhower's Vorschlag habe beim stellvertretenden russischen Stabschef General Antonow „große Unruhe erweckt.“ Daraufhin ließ Eisenhower dem russischen General mitteilen, er wolle „den britisch-amerikanischen Vormarsch auf dem Westufer der Elbe stoppen“. Die bereits über den Strom vorgestoßenen Einheiten wurden zurückgenommen, sie blieben Gewehr bei Fuß — 150 km vor Berlin.

Ähnlich hatten sich die Verhältnisse in der Tschechoslowakei entwickelt. Patton hatte den Befehl erhalten, nicht über die Linie Karlsbad-Pilsen-Budweis vorzustoßen, obwohl seine Panzerspitzen bereits vor Prag standen. Auch hier hatten die Russen gegen ein weiteres Vorrücken ihrer Alliierten protestiert.

So kam es, daß die Amerikaner weder in Berlin einzogen noch die Tschechoslowakei befreiten. Welche Ursache hatten sie, sich den Forderungen Moskaus zu fügen? Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, muß man, so stellte Flynn fest, nach Jalta zurückkehren. Elliot Roosevelt behauptet, sein Vater sei ursprünglich nicht mit der Aufteilung Deutschlands in Zonen einverstanden gewesen, habe sich aber schließlich dazu überreden lassen, da er Stalin so weit wie möglich entgegenkommen wollte. Zwischen beiden sei ein geheimes Abkommen getroffen worden, in dem Berlin den Russen zugesprochen wurde, wenn sie sich bereit erklärten, den Vereinten Nationen beizutreten. Churchill habe gegen dieses Abkommen sofort protestiert und die amerikanische Regierung dringend ermahnt, den Vormarsch gegen Berlin unverzüglich fortzusetzen. Er habe sich auch direkt an Eisenhower gewandt und ihn ersucht, den Russen in Berlin zuvorzukommen. Eisenhower habe abgelehnt mit dem Worten: „Versprochen ist versprochen!“

Am 2. Mai rückten die Russen in Berlin ein, am 7. Mai kapitulierten die deutsche Wehrmacht, Roosevelt hatte sein Versprechen gehalten. Stalin dagegen teilte seinen Alliierten zwei Monate später, am 3. Juli, mit, er könne ihnen in Berlin nur begrenzte Garnisonen gestatten und nur eine Eisenbahnlinie, ein Autostraße und einen Luftkorridor als Verbindung mit ihren Zonen genehmigen. Damit war Berlin zu einer „Insel im roten Meer“ und zu jenem Zankapfel geworden, der heute den Weltfrieden als höchst problematische Angelegenheit erscheinen läßt.

## Russische Polizeihunde lauern auf Grenzgänger

In einem in ganz Rußland populären Lied, das in den Gefangenenlagern Sibiriens entstand, heißt es: „Wir versuchten zu fliehen, doch die grauen Hunde stellten uns“. — Die grauen Hunde sind die gefürchtetsten und grausamsten Wächter der Unglücklichen, die durch ein unbedachtes Wort oder eine unüberlegte Tat den Unwillen ihrer Gewalthaber beschwören und dafür eine unmenschliche Gefangenschaft zu erdulden haben. Auch die deutschen Kriegsgefangenen werden in ihren Lagern zum größten Teil von Hunden bewacht, wie viele Heimkehrer aus Rußland zu berichten wissen, und nicht wenige, die einen Fluchtversuch gewagt haben, wurden von diesen Bestien, die als Bluthunde und „Fleischreißer“ abgerichtet sind, gestellt, verstümmelt oder gar getötet.

In großen Städten Rußlands, wie Moskau, Leningrad, Kiew und Rostow gibt es Dressurschulen, in denen von der russischen Geheimpolizei Tausende von Wolfshunden abgerichtet werden. Das Leben dieser Hunde ist besser als das eines gewöhnlichen Sowjetbürgers.

Neben dem Wachdienst in Gefangenenlagern versehen die Hunde nach vollendeter Ausbildung auch Grenzerdienste. Ihre Aufgabe ist es, an der Grenze stundenlang an einer getarnten Stelle auf Grenzgänger zu lauern. Die Ablösung erfolgt ohne mensch-

liches Zutun. Der Aufseher im Wachlokal gibt dem abblösenden Hund lediglich eine Anweisung, worauf dieser seinen Posten bezieht, während der abgelöste Hund zu seinem Quartier zurückkehrt. Ueberquert jemand die Grenze, so greift der Hund nicht unmittelbar an. Er läßt vielmehr sein Opfer passieren und schleicht langsam und geräuschlos an. Erst wenn er auf die nächste Entfernung herangekommen ist, springt er zu, wirft im Sprung den Menschen um und hält ihn an der Kehle fest, um zubeißen, falls der Gestellte Widerstand zu leisten versucht. Durch Heulen macht er den nächsten Grenzpolizisten auf seinen Fang aufmerksam.

Auch im Kriege wurden bekanntlich auf russischer Seite abgerichtete Hunde unmittelbar an der Front eingesetzt. Bei den Kämpfen um Charkow sind Fälle bekannt geworden, bei denen die Tiere gegen deutsche Panzer angingen. Sie trugen auf dem Rücken eine Sprengladung und waren so dressiert, daß sie unter stehende Panzer krochen. Die Sprengladung war mit einer magnetischen Antenne ausgerüstet, die am Panzer „ansprach“ und die Sprengladung zur Explosion brachte. So sollen tatsächlich mehrer deutsche Panzer außer Gefecht gesetzt worden sein.

## DER SPORTBERICHT

### Fußball

#### Aus König Fußballs Weltreich

Im europäischen Meisterschafts-Fußball blieben Sensationen dieses Mal aus. In England vergrößerte Derby County durch einen 2:0-Sieg gegen Middlesborough den Vorsprung auf 26 P. vor Portsmouth mit 23. Arsenal schlug Birmingham trotz eines verfehlten Elfmeters mit 2:0 und steht mit 21 P. an vierter Stelle hinter Newcastle mit 22 P. In Oesterreich siegte am letzten Tag der Herbstrunde Wacker vor 30 000 gegen Austria mit 1:0, während Meister Rapid gegen Hochstadt nur 2:2 spielte. Es führt Austria mit 13 vor Wacker und Wiener SC je 12 P. — In Frankreich kam Racing Paris in Lille zu einem sensationellen 3:2 und steht nun hinter Reims (20 P.) an zweiter Stelle mit 19 P. vor Marseille mit 18 P. In Italien führen punktgleich FC Turin, Internationales Mailand und Lucca und in der Schweiz hält Lugano mit 15 P. die Spitze vor Lausanne mit 14 P.

### Handball

#### Süddeutschland gewinnt Handball-Pokal

Unter ungünstigen Witterungsverhältnissen wurde das Endspiel um den Handball-Pokal zwischen den Auswahlmannschaften von Süddeutschland und Norddeutschland ausgetragen, in dem die Vertreter Süddeutschlands einen verdienten 8:5-Erfolg errangen. Die süddeutsche Mannschaft wirkte geschlossener als die Norddeutsche. Besonders waren es die Hintermannschaft und die linke Angriffsreihe, die erheblichen Anteil am Erfolg hatten. Das Spielgeschehen war größtenteils verteilt, mit Ausnahme der letzten Spielminuten, in denen die Süddeutschen eine klare Überlegenheit erzielten.

### Leichtathletik

Süd adens Leichtathleten an zweiter Stelle Die in Koblenz erscheinende Sportzeitung „Rekord“ stellte in einer Bilanz der Leichtathletik-Sai-

son 1948 eine Rangliste der französischen Zone auf, die unter Berücksichtigung der ersten drei Plätze in jeder Disziplin einen interessanten Aufschluß über das Kräfteverhältnis der Länder und Vereine gibt. Rheinland ist das führende Land und hat mit insgesamt 71 Punkten gegenüber dem Zweiten, Südbaden, 20 Punkte zum Vorsprung. Auf dem 3. Platz folgt Süd-Württemberg mit 29 Punkten vor der Pfalz (26 Punkte) und schließlich Rheinhessen, das auf 12 Punkte kam.

Auch bei der Wertung der Vereinsmannschaften nimmt Südbaden mit der Mannschaft von Rot-Weiß Lörrach (15 Punkte) einen beachtlichen zweiten Platz hinter Rot-Weiß Koblenz (37 Punkte) ein. Und bereits auf dem 3. Rang erscheint der ASV Nordrach zusammen mit dem SC Mayen mit je 14 Punkten. Die beiden württembergischen Ver-

### Kleine Geschichten am Rande des Sportgeschehens

#### Hurra, wir haben verloren!

In Dänemark gibt es im Hockeysport einen Wanderpokal für verlierende Mannschaften. Jawohl, Sie haben recht gelesen. Der jeweils verlierenden Mannschaft des Endspiels um Dänemarks Hockey-Meisterschaft wird ein Wanderpokal verliehen, der bei dreimaligem 2. Platz dann endgültig gewonnen wird.

#### Weltrekord im Waschbeckentauchen

Ein Berliner stellte kürzlich den neuesten „Weltrekord“ auf. Er erreichte im Waschbeckentauchen 1:30 Minuten. Viele probierten es, solange mit dem Gesicht in flacher Schüssel „unter Wasser“ zu bleiben. Aber keiner überbot den Weltrekordmann. (Der beste Taucherkord eines Untertürkheimers, des italienischen Perlenfischers Paletti, steht auf 5:03,7 Minuten.)

#### Kollege kommt gleich!

In Paris findet alljährlich ein Wettgessen der Keller statt. Diese kuriose Veranstaltung wird aber noch übertroffen von dem traditionellen Rollschuhrennen der Kaffeehauskellner, das erst kürzlich wie-

eine Balingen (11 Punkte) und ASV Horb (6 Punkte) sind die nächstfolgenden Mannschaften dieser Auf-

### Boxen

#### Mills fordert Europameister im Schwergewicht

Freddie Mills, Großbritannien, Boxweltmeister im Halbschwergewicht, beschränkt am Samstag in Johannesburg seinen ersten Kampf nach dem Titelgewinn gegen den südafrikanischen Schwergewichtsmeister Johnny Ralph, den er in der achten Runde des auf zwölf Runden angesetzten Treffens k. o. schlug. Ralph mußte bereits in der sechsten Runde fünfmal die Bretter aufsuchen. Mills qualifizierte sich damit als Herausforderer für den britischen Empire-Schwergewichtstitel, den Bruce Woodcock zu verteidigen hat.

#### Untertürkheimer Monteur erreicht

Beim letzten großen Autorennen in Monza mußten infolge der Länge der Strecke und der starken Abnutzung durch die raue Oberfläche der Bahn die Fahrer einen Reifenwechsel vornehmen. Für Wimille wurden dabei 50, für Trossi 44 und Sanceli 43 Sekunden gestoppt. Man war sehr stolz auf diese Leistungen, die ein Rekord ihrer Art sein sollen. Aber wenn die wußten, was da Mercedes-Tempo heißt: Unter Neubauers Regie wechselten die Untertürkheimer Monteurs die Reifen und tankten auf, wofür die Rekordzeit von 22 Sekunden gestoppt wurde.

### Vierblätter-Menschen für Jupiter gesucht

Die Kolonisierung des Weltraums

„Entweder wir benennen uns wie janzornige Kinder und sprengen mit der Atomkraft die Erde in tausende Stücke — oder wir kommen zur Vernunft und werden in absehbarer Zeit den interplanetarischen Raum bereisen und das gesamte Sonnensystem erschauen können.“ Zu dieser Alternative gelangte der Wissenschaftler und Publizist William Stapledon von der Universität Liverpool in einem Vortrag vor der „britischen Interplanetarischen Gesellschaft“, zu deren angesehenen Mitgliedern eine Reihe von Raketen-Spezialisten, Physikern, Mathematikern und Philosophen, darunter auch Bernard Shaw, gehört.

Die Bemühungen der Gesellschaft, die sich mit hochfliegenden Gedanken wie hochliegenden Raketen beschäftigt, erreichen mit diesem Vortrag einen neuen Höhen-Rekord. Welche Probleme wird die Menschheit lösen müssen, wenn sie darangeht, auf anderen Planeten Fuß zu fassen?

Viel hängt natürlich davon ab, ob die anderen Planeten bereits bewohnt sind. Dr. Stapledon rechnet mit der Möglichkeit, daß auf dem Mars oder in der giftigen Atmosphäre der Venus vollständig andere Lebewesen existierten. Aber er hält es für unwahrscheinlich, daß „irgendeine der andern Welten innerhalb des Sonnensystems von einer Rasse bewohnt wird, die sich mit den Erdbewohnern an Intelligenz messen könnte.“

Der Mars scheint die besten Voraussetzungen zu besitzen. „Wenn man erst einmal weiß, daß sich das Risiko bezahlt macht, wird dieser kleine, kalte und unfruchtbare Weltteil zumindest bewohnbar, vielleicht aber auch zu einem Paradies gemacht werden können.“ Dr. Stapledon möchte mit Hilfe der Atomkraft die Wüsten des Mars bewässern, eine angenehme Vegetation schaffen und sogar die Oberflächentemperatur heben.

Die Venus dürfte schon mehr Schwierigkeiten bereiten, denn ihre Atmosphäre müßte grundlegend verbessert werden. Eines Tages aber „könnte sie als Heimat intelligenter Geschöpfe der Erde den Rang ablaufen“. Die Kolonisierung des Jupiters und des Saturns dürfte die größten Schwierigkeiten machen.

Natürlich können diese Entdeckungsfahrten des Atomzeitalters nicht von normalen Durchschnittsmenschen durchgeführt werden. Diese Pioniere müßten vielmehr planmäßig für ihre Umgebung trainiert werden. Als Kolonisten, die für den Mars in Frage kämen, schlägt Stapledon die Bewohner von Tibet vor, da diese an äußerste Kälte, Trockenheit und Schwankungen der Atmosphäre gewöhnt seien. Dagegen müßten die Venusreisenden in der Nähe des Äquators ausgesucht werden, da sie noch viel größere Hitze aushalten müßten.

Die Jupiter-Leute dagegen würden mit solchen „kleineren Korrekturen“ nicht auskommen. Die Anziehungskraft der Jupiter-Oberfläche ist rund 2,6 mal so groß wie die der Erde. Deswegen müßten die Kolonisten sehr klein sein und wahrscheinlich durch radikale eugenetische Eingriffe verändert werden. Der Mensch könnte auf dem Jupiter nur als eine Art Vierfüßler auftreten, dessen Kopf wegen der Anziehungskraft genügend weit hinten getragen werden müßte, um sein Gewicht gleichmäßig auf Vorder- und Hinterbeine zu verteilen. Da die Hände dann für andere Aufgaben benötigt würde, müßte die Nase mit Rüsseln ausgerüstet werden, die besondere Greif-Instrumente an Stelle der Finger haben müßten.

Diese planetarischen Kolonien könnten den Erdmenschlichen Luxus und ein leichtes Leben verschaffen. Aber das ist für Dr. Stapledon natürlich nicht das Ausschlaggebende. Er möchte vor allem die geistige Kraft des Menschen steigern. Der abgehärtete Marsmensch, die hitzegewappneten Venus-Leute und die niedrigen, vierbeinigen Jupiterianer mit ihren dreifachen Rüsseln — sie alle würden nach Dr. Stapledons Ansicht beitragen zum geistigen Wachstum des USS, d. h. des Unierten Sonnen-Systems.

NP.

### Unsere kleine Sportwunderschau

\* Willi Stadel, mehrfacher Deutscher Meister und Olympia-Sieger 1936, turnt am 23. November in der Jahnhalle Freiburg-Zähringen.

\* Süddeutschland besiegte Norddeutschland im Handball-Pokal-Endspiel in Göttingen mit 8:3 Toren.

\* Die leitenden Organe der englischen ERM-Werke, die mit dem Bau eines neuen Rennwagens für die britische Nationalmannschaft beschäftigt sind, haben den ehemaligen Rennfahrer der Mercedes-Benz-Werke, Ingenieur Alfred Neubauer, den Posten eines Rennleiters in ihrer Organisation angetragen.

\* In der Frankfurter Kreisklasse spielt eine Mannschaft britischer Angestellter. Zu einem Reporter meinten die Spieler: Die deutschen Schiedsrichter pfeifen jedes harte, aber faire Angehen an den Forman ab. Warum darf man in Deutschland den Torhüter nicht angreifen?

\* Die deutschen Jugend- und Juniorenmannschaften stehen in gutem Ruf. Internationale Belegungen mit ihnen empfiehlt der englische Fußballverband und hat ein entsprechendes Schreiben an die FIFA gerichtet.

\* Den Auftakt der diesjährigen Saison im Krefelder Eisstadion bildete ein Eishockey-Freundschaftsspiel zwischen dem VfL Preußen Krefeld und dem Kölner EC, das die Preußen mit 9:2 Toren gewannen.

\* Mit drei deutschen Meistern, SC Riessort, Baran/Falk und Erika Kraft wurde die Eissport-Saison im Prinzregentstadion in München vierversprechend eröffnet.

\* Der VfL Bad Nauheim besiegte den HC Stuttgart im Eishockey-Freundschaftsspiel überlegen mit 20:1 Toren.

\* Weltmeister im Mittelgewicht-Boxen, Marcel Cerdan, mußte beim Fußball-Länderspiel Frankreich gegen Belgien im überfüllten Stadion eine Ehrenrunde laufen. Der Beifall war riesengroß.